



# Von der SDP zur SPD

Die Gründungsgeschichte der SPD in Dessau vom  
Herbst 1989 bis Ende 1990

Herausgegeben vom SPD-Stadtverband Dessau-Roßlau im Oktober 2009  
Bearbeitung: Joachim Volger

# Chronologie der Gründungsgeschichte der SPD in Dessau

Ausgabe vom Oktober 2009

## Vorwort

Am 25. Oktober 2009 begehen die SPD-Ortsvereine der Stadt Dessau den 20. Jahrestag der Neugründung ihrer Partei in Dessau. Damals entstand die Partei noch unter den Bedingungen der Illegalität und unter Beobachtung des Ministerium für Staatssicherheit (Stasi) unter dem Namen SDP (**S**ozial **D**emokratische **P**artei) zuerst für die gesamte DDR in Schwante und nachfolgend in den Städten und Gemeinden je einzeln als Orts- oder Basisgruppen. Aus diesem Grunde kann sich das 20-jährige Jubiläum der Dessauer SPD auch nur auf den Teil der Stadt Dessau-Roßlau beziehen, welcher heute das Stadtgebiet von Dessau umreißt.

Zwanzig Jahre nach der friedlichen Revolution geraten viele Ereignisse jener Zeit in Vergessenheit. Wichtige Dokumente gehen verloren und einige Zeitzeugen leben bereits nicht mehr. Es wurde also höchste Zeit, die noch vorhandenen Notizen, Protokolle, Streitschriften, Plakate und Flugblätter zu systematisieren, auszuwerten und unter Zuhilfenahme der Erinnerung der Akteure jener bewegten und bewegenden Tage zu einer Chronologie der Ereignisse zusammenzufassen. Entsprechende Versuche wurden schon kurz nach der sogenannten „Wende“ und auch zehn Jahre danach von Horst Leischner (siehe Anlagen 1 und 2) und Joachim Volger unternommen, konnten aber wegen einer zu geringen Resonanz auf den Aufruf zur Bereitstellung der Quellen nicht fortgesetzt werden. Das änderte sich nun unter dem Druck der Zeit. Trotzdem ist es nicht gelungen, die Gründungsgeschichte der Dessauer Jungsozialisten zu recherchieren. Deshalb werden vorerst lediglich einige Dokumente (Anlagen 285 bis 290) hinzugefügt.

Nachfolgende tabellarisch aufgebaute Chronologie bezieht sich nur auf die Gründungsgeschichte der SPD Dessau selbst und kann in Anbetracht der auch heute noch eingeschränkten Mitwirkung der „Basis“ nicht den Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Sie sollte deshalb fortgeschrieben werden. Dafür ist sie aber sicher eine brauchbare Basis. Auch wenn sie wegen ihres Bezugs auf nur wenige Quellen aus der Sicht des einen oder anderen „Aktivisten der ersten Stunde“ etwas „einseitig“ oder subjektiv gefärbt sein sollte, ist sie sicher ein interessantes Material, welches geeignet ist, Erinnerungen aufzufrischen und das Bedürfnis zu deren Vervollständigung zu wecken. Unabhängig von den genannten Einschränkungen ist jedoch festzustellen, dass auf eine objektive Darstellung der Ereignisse sorgfältig geachtet wurde, indem immer Belege genutzt und beigebracht werden. Darüber hinaus wurde zu Referenzzwecken das Buch „Die friedliche Revolution in Dessau vom Herbst 1989 bis zur Vereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990“ von Alfred W. Radeloff genutzt. Der Kalender der Jahre 1989 und 1990 (Anlage 294) dient der Erleichterung der zeitlichen Einordnung der Ereignisse.

Um die Gründungsgeschichte der SDP bzw. SPD in Dessau in den Kontext der Ereignisse jener Zeit zu stellen, wurden einige wichtige Rahmenereignisse dargestellt und durch **blaue Schriftfarbe** hervorgehoben. Die Chronologie behandelt insbesondere den Teil der Gründungsgeschichte, welcher nicht „aktenkundig“ nachvollziehbar ist und endet mit einer weniger differenzierten Darstellung der Ereignisse mit der Zeit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten.

Viele Menschen aus der ehemaligen DDR sagen, dass die Friedliche Revolution das in ihrem gesamten Leben bedeutendste Ereignis war, welches ihren Horizont erweitert hat und sie befähigte, die oftmals schwere Zeit des nachfolgenden Umbruchs leichter zu verkraften. Die Erinnerung an diese Zeit halten sie deshalb für sehr wichtig und möchten diese Erfahrung nicht missen, selbst wenn diese mit einem vorherigen Leben in der ungeliebten DDR verbunden war. Deshalb würde eine rein chronologische Darstellung der Ereignisse unser Anliegen und die Gründe unseres Handelns nicht hinreichend beschreiben können. Die Chronologie wird deshalb durch einige Reflexionen von Mitgliedern des ersten Sprecherrates der SDP ergänzt.

## Beiträge von Mitgliedern des ersten Sprecherrates

### 1. Horst Leischner

Geboren 1958, gelernter Vermessungsmechaniker, Studium der Theologie, jetzt Pfarrer in Köthen

#### Herbst 1989

aus 2009 wird ein Erinnerungsjahr  
damals vor 20 Jahren  
weißt du noch  
wo warst du damals  
was hast du gemacht  
am Tag des Mauerfalls

die Bilder werden wieder lebendig  
die Welt hat sich verändert  
an diesem Tag und an den Tagen danach  
von einer Stunde zu anderen  
offene Grenzen  
plötzlich wie über Nacht  
der freie Zugang in die ganze Welt

aus Wundern wurden Selbstverständlichkeiten

Erinnerungen an die aufregenden Tage vor 20 Jahren  
Absprachen im Törtener Pfarrgarten  
Taize Gebet für Frieden Gerechtigkeit und Demokratie in der Dessauer Georgenkirche  
Gebete um Erneuerung  
die erste Demo danach  
offene Reden in der Kirche  
und auf der Straße  
ängstliche Blicke auf den Stasi Wartburg  
Angst und bange Fragen  
Überwindung der Ohnmacht  
mit Mut und Entschlossenheit  
jetzt oder nie  
die Zeit war reif

zum ersten Mal mit Begeisterung die Internationale gesungen  
viele Gespräche  
Kontakte zu Unbekannten  
Menschen waren wachgerüttelt  
viele Sympathisanten des Neues Forums und der SDP  
Statement im Stadtrat von der „Freiheit“ berichtet  
Demokratie ausprobiert

(Februar 2009)

## 2. Roger Voigtländer

Geboren 1963, Studium erst nach der Friedlichen Revolution, Dipl.-Kaufmann, heute Leiter für Bildung und Personal Entwicklung bei gpdm in Paderborn

Ich hatte spätestens seit meinem Erwachsenwerden nicht mehr viel übrig für die DDR. Ein sonderlich begabter Analytiker bin ich nicht, aber eines war mir in den Jahren vor '89 längst klar geworden: Hier ging es keineswegs um „Volkes Wohl“. Denn Wohlstand hieß für mich auch, sich entfalten zu können, Meinungen sagen und hören zu dürfen und die Welt zu bereisen. Die DDR war für mich eine astreine, auch von innen gut erkennbare Diktatur ohne wirkliche Ideale. Ein paar alte Männer und wenige Frauen bangten um ihre Macht und verbargen ihr Tun hinter einer ziemlich einfältigen Idee vom Sozialismus, den sie den Realen Sozialismus nannten. Das die Sache schief gehen würde, war nicht zu übersehen. Nur hoffte ich damals, den Untergang der DDR und des ganzen Sozialismusunfugs auch selbst erleben zu dürfen.

Insofern waren die Tage im Wendejahr für mich dann auch ein einziges Jubilieren. Im August 1989 befand ich mich mit meiner damaligen Partnerin Marion in Budapest. Wer sich als DDR-Bürger dort aufhielt, dachte selbstverständlich über Flucht nach. Irgendwann ermutigte Marion mich: „Wenn du jetzt gehen möchtest, kann ich das verstehen. Ich muss aber wegen meiner Tochter wieder zurück.“ Und ich dachte, nein, jetzt zu gehen, wäre die größte Dummheit meines Lebens. Jetzt, wo es spannend wird, jetzt, wo vielleicht jedes Engagement in deiner Heimat benötigt wird, fährst du garantiert wieder dorthin zurück!

Zur SDP kam ich über das Neue Forum. Eine der anderen Parteien kam nicht in Frage, erstens, weil diese in der DDR immer fein mitgemacht hatten, zweitens, weil mich Persönlichkeiten wie Willy Brandt und Helmut Schmidt enorm beeindruckt haben und drittens, weil die Marktwirtschaft ein Regulativ braucht, das für mich vor allem die SPD verkörpert.

Gelegentlich werde ich gefragt, ob Angst mein ständiger Begleiter während der DDR-Agonie gewesen sei. Nein, nie. Seltsam eigentlich, denn knapp war es manchmal wohl. Das weiß ich aber erst jetzt. Vielleicht spielte ja auch jede Menge Adrenalin eine Rolle...

Heute lebe ich in Paderborn, habe ein BWL-Studium absolviert und bin noch immer Sozi. Mein siebenjähriger Sohn beginnt langsam Fragen zu stellen, die ich ihm gern und möglicherweise eine Spur zu ausführlich beantworte.

## 3. Joachim Volger

Geboren 1947, Dipl.-Ing. für Lokomotivbau, heute im Vorruhestand in Dessau

### **Nach 20 Jahren: Mehr zu tun als je zuvor**

Zwanzig Jahre nach der friedlichen Revolution hat sich unsere Heimat hier im Osten Deutschlands vollständig verändert. Das können wir sehen, wenn wir es nur wollen: In den Geschäften werden wir mit einem Überfluss an Waren konfrontiert, der uns nicht nur die Wahl schwer macht, sondern auch immer neue Ansprüche weckt. Es mangelt nicht an gut ausgestatteten Wohnungen, die Umwelt ist sauber geworden und überall treffen wir auf restaurierte Villen, Schlösser und Parkanlagen. Das kulturelle Angebot ist breit und vielseitig und reisen können wir auch. Und die meisten von uns können sich auch viel mehr leisten als damals in der DDR. Was wollen wir eigentlich noch? Woher kommt diese Unzufriedenheit, die uns hier im Osten überall begegnet? Dafür gibt es viele Gründe, rationale und kaum nachvollziehbare.

Zurzeit aber durchleben wir eine Finanz- und Wirtschaftskrise, welche viele Menschen ängstigt und zweifeln lässt, ob das heute praktizierte Wirtschaftssystem für die Allgemeinheit als uneingeschränkt erstrebenswert gelten darf. Wir fragen uns manchmal ob nach der Beseitigung des Realen Sozialismus als Staats- und Wirtschaftsform auch das erreicht wurde, was wir uns damals wünschten. Als besonders ärgerlich, ja verhängnisvoll empfinde ich die Tatsache, dass nun, nachdem wohl die schlimmstmöglichen Auswirkungen der Krise verhindert wurden, wieder zur Tagesordnung übergegangen wird, indem viele guten Vorsätze einer Begrenzung der Macht des Kapitals und gewissenloser Spekulanten vergessen werden. Schlimmer noch: Im Ergebnis dieser Krise wird sich die wirtschaftliche Macht nur noch in wenigen Händen befinden. Die Politik wird in einer Weise entmachteter sein, wie dies in der Geschichte unserer Zivilisation noch nie der Fall war. Die Zeitfenster, in denen Politik noch etwas bewegen kann, wer-

den immer kleiner und soziale Korrekturen an der Wirtschaftsordnung werden seltener und geringer. Die SPD wird als soziales Korrektiv gebraucht wie nie zuvor, jedoch wird sie es in diesem Umfeld schwer haben.

Soziale Sicherheit hatten wir damals in der DDR. Trotzdem wollten wir das ungeliebte Regime abschaffen. Wir wollten dies mit aller uns zur Verfügung stehender Kraft, obwohl uns diese soziale Sicherheit, welche die DDR all denen bot, die sich wenigstens zum Schein zu ihr bekannten, nach dem Willen der Regierenden teuer gewesen sein sollte. Wir fühlten oder wussten bereits, dass diese vermeintliche Sicherheit nur Gleichheit in einem sinkenden Standard, Heuchelei und Unfreiheit sowie Repressalien gegenüber allen, welche in irgendeiner Form den erzwungenen gesellschaftlichen Konsens verließen, bedeutete. Es konnte so nicht weiter gehen.

Die SDP erschien mir damals und auch rückblickend als einzige Alternative, da sie nicht den vergeblichen Versuch unternahm, das bestehende System zu verbessern, sondern auch an den ökonomischen Wurzeln der Unfreiheit rührte. Denn ökonomische Unfreiheit führt zwangsläufig auch zu Repressalien und zur politischen Unfreiheit. Wir waren uns aber schon frühzeitig im klaren, dass mit der Einführung marktwirtschaftlicher Prinzipien in der DDR eben jener Menschentypus welcher uns bis dato unterdrückte, als neue Unternehmer und Kapitalisten erscheinen würde und die Mehrheit der Menschen frühkapitalistischer Ausbeutung aussetzen würde. Damit dies nicht passiert, war ein politischer Gegenpol erforderlich, denn das Kapital ist ja an sich mächtig und hat schon immer auch seine Lobbyisten gefunden. Deshalb beschäftigten wir uns intensiv mit den Mechanismen der Macht und den Möglichkeiten deren Begrenzung. Schon damals dachten wir in kleinen Kreisen über Möglichkeiten der Dämpfung von Spekulationsrisiken, über eine angemessene Besteuerung der Spekulationsgewinne und über die Bildung von Rücklagen zur Bewältigung von Krisensituationen nach. Wir hielten es für erforderlich, dass Betriebe der Daseinsfürsorge in staatlicher bzw. kommunaler Hand und unter demokratischer Kontrolle bleiben müssen und dass die Rechtsprechung nicht zu einer ergiebigen Quelle satter Gewinne werden und das Recht nicht vom Geldbeutel der Betroffenen abhängen darf. Auf den Rechtsstaat hatten wir gehofft. Gleichzeitig wollten wir aber, dass Recht und Gerechtigkeit vor der Vereinigung der beiden deutschen Staaten in höherem Maße wieder gleichbedeutend werden. Wir waren naiv als wir glaubten und hofften, dass das möglich sei, indem wir unterstellten, dass dies ja auch in den alten Bundesländern Ziel der Politik sein müsste. Der Drang nach schnellem Wohlstand einerseits und die Arbeit der Lobbyisten andererseits haben das verhindert. Immer wieder wurde und wird dabei auch das Argument des hohen Stellenwertes der Freiheit bemüht und jegliche Beschränkung der Macht des Kapitals als Form der Freiheitsbeschränkung dargestellt. Und dies führte auch immer wieder zum Ziel, obwohl doch die Freiheit des einen oft die Unfreiheit vieler anderer bedeutet. Aber ist etwa ein Arbeitsloser bzw. ein Sozialhilfeempfänger wirklich frei, wenn er es nicht gerade darauf anlegt von Sozialkassen zu leben? Oder ist denn auch der gut bezahlte Angestellte, der im Streben nach einer Karriere scheinbar freiwillig mehr als zehn oder zwölf Stunden täglich für seine Firma arbeitet und flexibel den jeweiligen Wohnort den ständig wechselnden Anforderungen seiner Firma anpasst, deshalb an Familienplanung kaum denken will und kaum soziale Bindung zu seinem Lebensumfeld eingehen kann, wirklich frei? Wird er nicht trotz aller positiven Momente eines solchen Lebens auch um sein Leben betrogen? Und was wird aus einem Kulturkreis der kurzfristig orientiertes Gewinnstreben einem Leben mit Kindern und für die Zukunft vorzieht? Wird er sich nicht einfach selbst auslöschen?

Als SDP hatten wir darüber im Jahr 1989 noch nachgedacht, abgewogen und an Lösungsansätzen gearbeitet. Die SPD muss heute begreifen, dass solches Nachdenken über Ursachen und Wirkungen und ein langfristiges Handeln mehr denn je und um ihrer Glaubwürdigkeit willen erforderlich ist.

#### **4. Silke Wallstein**

Geboren 1967, Schauspielerin, Regisseurin

##### **Von der Bühne zur politischen Aktion**

Vom Selbstverständnis einer Theaterkunst geprägt, der man in der DDR große journalistische und politische Bedeutung beimaß, nehme ich den Herbst 1989 heute als eine kurze verrückte Zeitspanne wahr, in der nach Jahren der Stagnation plötzlich alles möglich schien. Die alten Verhältnisse lösten sich quasi über Nacht auf, neue waren noch nicht in Sicht. Es war eine spannende Zeit für Utopien, große Gedanken, heiße Diskussionen, Euphorie und die Illusion, nicht nur von der Bühne aus, sondern auch ganz praktisch an entscheidenden gesellschaftlichen Veränderungen aktiv mitwirken zu können. Die Montagsdemos gaben einem das Gefühl, dass viele Menschen gemeinsam etwas bewegen können und sich uralte Verkrustungen in wenigen Wochen aufbrechen lassen. Man fühlte sich aufgehoben und verstanden in den Massen - jedenfalls für einen kurzen, erhebenden Moment.

Zu Anfang ging es aus meiner Sicht eher um die Erneuerung und den politischen Neuaufbau einer bestehenden Gesellschaft, in der das Bewährte erhalten und trotzdem Platz für Veränderungen sein sollte. Das interessierte mich sehr. Ein paar gute Ideen hätten es durchaus verdient, gerettet zu werden, aber:

Nichts genügt demjenigen, dem das was genügt zu wenig ist. (Epikur)

Die schnelle Aufwertung des Konsumgedankens und das unterschätzte Ausmaß der Begierde der Menschen, für die es keine andere Sprache zu geben schien als die der westdeutschen Überflusgesellschaft veränderte das Klima der Montagsdemos entscheidend. Aus „Wir sind das Volk“ wurde plötzlich „Wir sind ein Volk.“

Bei allem, was sich aus heutiger Sicht auch für mich positiv verändert hat, empfinde ich diese Zeit im Rückblick als verpasste Chance, die Strukturen einer demokratischen, von Egoismus freien Gesellschaft neu zu denken. Schade drum.

August 2009

## **Albrecht Anspach**

Geboren 1953 in Dessau; Diplomingenieur für Gießereitechnik; heute tätig in einem Vertretungs- und Beratungsunternehmen in Schaffhausen, Schweiz

In meiner Erinnerung sehe ich mich Anfang September 1989 in dem schon etwas heruntergekommenen Mitropa Restaurant im Leipziger Hauptbahnhof. Ich wartete auf den Zug nach Frankfurt am Main, da ich die Genehmigung für den Besuch meiner Tante zu deren 90. Geburtstag in Bad Kreuznach von den Behörden erhalten hatte. Im Restaurant war es voll und so saß ich mit fünf anderen Gästen an einem Tisch. Wir kamen ins Gespräch und es stellte sich heraus, dass es eine Runde von Frustrierten aber Gleichgesinnten war. Im Gespräch stellten wir fest, dass wir alle genug von dem DDR-System hatten, genug vom „real existierenden Sozialismus“, davon, nicht frei wählen zu können, genug davon, nicht die eigene Meinung öffentlich ungestraft sagen zu können, genug von einer Altherrenriege diktatorisch regiert zu werden, genug davon unsere Städte herunterkommen und im Kohlengestank versinken zu sehen, davon nicht hinaus in die Welt zu können und davon, unsere Kinder einem kommunistischen Bildungssystem anvertrauen zu müssen, genug davon, nicht frei zu sein.

Man verabschiedete mich mit den Gedanken, da fährt wieder einer in den Westen und kommt nicht wieder.

Die ganze Zeit im Westen war ich unruhig und nervös. Ich wollte so schnell, als möglich zurück, hatte Angst etwas zu verpassen.

Wieder zurück erlebte ich den 09. Oktober 1989 in Leipzig auf der Straße. Jetzt war klar, dass die Veränderung nicht mehr aufzuhalten ist. Ich entschloss mich der SDP in Dessau anzuschließen. Entscheidend dafür war das Wissen, hier handelt es sich um eine von der Vergangenheit unbelastete Partei und es war die Partei von Helmut Schmidt. Ihn hielt und halte ich noch für den besten Deutschen Bundeskanzler und seriösesten Politiker. Seine Persönlichkeit hat mich der SDP nahe gebracht.

Die Zeit der Wende in der SDP in Dessau mit dem ersten Sprecherrat und den folgenden Entwicklungen bis Oktober 1990 gehört zur schönsten Zeit meines Lebens. Ich denke an eine interessante Zeit in einer Gemeinschaft Gleichgesinnter, die etwas erreichen können, wenn sie ein Ziel verbindet.

Es war phantastisch zu erleben, welches Licht in eine Gesellschaft gebracht werden kann. Diese Zeit war wirklich ein Aufbruch. Es war Euphorie pur, die so nicht anhalten konnte, was auch klar war. Nie vergessen werde ich die Gründung des Ortsvereins in Ziebigk. Wir kamen sehr spät in der Nacht aus einer Sitzung des Runden Tisches im Rathaus und im Kornhaus warteten immer noch 400 Menschen auf uns. Wir konnten uns nur mit Mühe einen Weg durch die Menge bahnen.

Aber man soll die Erinnerung behalten und nicht in der Vergangenheit leben. Alles verändert sich. Als die SPD im Landtag von Sachsen-Anhalt beschloss, sich von der PDS tolerieren zu lassen, war meine Zeit in der SPD vorbei. Das hatte ich mir nicht vorstellen können. Erst vor Kurzem habe ich das Politik-Theater in Hessen erlebt, als die SPD die Wähler betrogen hatte. Auch die SPD Regierung unter Gerhard Schröder im Bund von 1998 bis 2005 gehört für mich zu den verlorenen Jahren in Deutschland. Nun wähle ich nicht einmal mehr die Partei, an deren Gründung ich in Dessau mit beteiligt war.

Seit einiger Zeit wohne ich in der Schweiz. Ich habe die Möglichkeit des Vergleiches der dort gelebten direkten Demokratie und der in Deutschland praktizierten repräsentativen Demokratie.

Ich bin begeistert davon, dass Politiker eigentlich nur Erfüllungsgehilfen der Bürger sein können, dass Bürger und nicht Politiker selbst und direkt bestimmen, wie hoch die Steuern sind, die sie zu zahlen haben, ob ein Land seine jungen Menschen in einen Krieg weit weg schicken soll, welches Bildungs- und Gesundheitssystem ein Land prak-

tiziert, darüber, wen und wie viel Fremde man in sein Land lassen soll und darüber, dass Föderalismus dem Zentralstaat Grenzen setzen muss und das Korrektiv zugunsten der Freiheit ist.

Das Ziel einer Bürgergesellschaft hat man in Deutschland aus den Augen verloren und damit auch das für mich Wichtigste einer Gesellschaft: Die Freiheit. Die Bürgergesellschaft lebt aber davon, dass der Bürger zwingend Verantwortung für sich und die Gesellschaft übernimmt. Dort, wo der Bürger abdankt macht sich die Bürokratie breit. Diese ist der Feind der Freiheit und versucht sie unter dem Vorwand des Missbrauches zu beschränken. Aber eine Freiheit, die nicht auch missbraucht werden kann, ist keine Freiheit.

Vielleicht gibt es bald einmal wieder Menschen, die mehr Freiheit in der Demokratie haben wollen und dafür auf die Straße gehen. Dann bin ich wieder mit dabei.

| Datum      | Ereignis <sup>1)</sup>   | Anlagen      |
|------------|--|--------------|
| 26.08.1989 | Aufruf zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei in der DDR durch Martin Gutzeit, Markus Meckel, Arndt Noack und Ibrahim Böhme in Berlin.<br>Vikar Horst Leischner trifft anlässlich seines Studiums am theologischen Seminar in Berlin u. a. den Mitgründer der SDP in der DDR Konrad Elmer, welcher ihn für die Ziele der SDP gewinnt und den Gründungsaufwurf übergibt. Horst Leischner gibt seine Adresse in Dessau als Kontaktadresse an.  | 3, 4         |
| Sept. 1989 | Österreich und Ungarn öffnen vorübergehend ihre Grenze für DDR-Bürger und lassen diese in die BRD ausreisen. Etwa 45 000 Bürger verlassen die DDR. Die Staatsmacht wird auch dadurch destabilisiert und verunsichert. In der Folge wird zur 10. Volkskammertagung am 24.10.1989 Erich Honecker durch Egon Krenz abgelöst.<br>Das Neue Forum hat sich gegründet und verbreitet Aufrufe an die Bevölkerung, welche Grundlage vieler Diskussionen in kleinen Kreisen oppositionell eingestellter Bürger wird.   | 5, 6, 7<br>8 |
| Sept. 1989 | Horst Leischner verteilt in Dessau den Gründungsaufwurf sowie das Statut mit Kontaktadressen und wirbt unter Freunden und Bekannten sowie bei den Treffen der an Änderungen interessierten Bürger für die Gründung einer Sozialdemokratischen Partei in Dessau.<br>Im September birgt diese Arbeit noch die Gefahr einer Verhaftung durch die Stasi. Diese ist ihrerseits aber hinsichtlich der persönlichen Konsequenzen ihres Handelns bereits so verunsichert, dass Verhaftungen in der Regel nicht durchgeführt werden.  | 9            |
| 07.10.1989 | Offizielle Gründung der SDP in Schwante, Offizielle Bekanntgabe in allen Medien  | 10, 11, 12   |
| 09.10.1989 | Große Demonstrationen in Dresden, Leipzig und Berlin. In Leipzig wurde eine blutige Niederschlagung der Demonstration im letzten Moment durch eine lokale Entscheidung verhindert. In den Krankenhäusern wurden vorher auf „höchste Weisung“ Blutkonserven bevorratet*) und eine erhöhte Bereitschaft eingerichtet. Die Kampfgruppen wurden in Alarmbereitschaft versetzt und die Bereitschaftspolizei rückte aus. Die Kampfgruppen weigerten sich schließlich, auf die Demonstranten zu schießen, jedoch war bis zum Beginn der Demonstration nichts sicher. Trotzdem kamen etwa 70 000 Demonstranten. Nach einem Aufruf zur Besonnenheit durch Kurt Masur zogen sich die bewaffneten Einheiten auf persönliche Weisung des Polizeichefs von Leipzig zurück. Die Macht des SED-Staates war von diesem Tag an gebrochen und Polizei, Armeeführung und MfS so verunsichert, dass ein Zurück in alte Machtstrukturen unwahrscheinlicher wurde.<br><br>*) Es ist möglich, dass es sich hierbei nur um ein zur Einschüchterung gestreutes Gerücht handelt. | 13           |
| 13.10.1989 | Jugendgottesdienst (Nachtgebet für Frieden, Gerechtigkeit und Demokratie) in der Georgenkirche, organisiert durch Vikar Horst Leischner und Winfried Müller, dem Jugendwart des Kirchenkreises. Von da an finden jeweils am Freitag Gebete für Frieden, Gerechtigkeit und Demokratie statt, wo Horst Leischner die Gelegenheit hatte, die Positionen der neu gegründeten SPD einem größeren Kreis darzulegen.<br>Durch die Veröffentlichung der Kontaktadresse wurde Horst Leischner auch von vielen Interessenten in der Wohnung besucht.   |              |
| 14.10.1989 | Aufruf zur Gründung von SDP-Ortsverbänden  | 14           |
| 18.10.1989 | Sicherheitskräfte umstellen die Georgenkirche, da vermutet wird, dass das Neue Forum gegründet werden soll. Dieses hatte sich aber, von der Stasi unbemerkt, bereits gegründet.  |              |
| Okt. 1989  | Die DDR-Führung reagiert auf die Ereignisse in der gewohnten Weise und sieht als Ursache vorwiegend das Wirken westlicher Medien und Agenten. Unsere Enttäuschung und Wut über diese Verhaltensweise steigt  | 15, 16       |
| 20.10.1989 | Die Straßenbahn- und Busfahrer rufen die Fahrgäste zur Teilnahme am Friedensgebet und einer anschließenden Demonstration (über 2000 Teilnehmer) auf. Von da an fanden in Dessau jeweils freitags nach dem Gebet um Erneuerung Demonstrationen mit einer zunehmenden Teilnehmerzahl statt.<br>Am Abend erstes Gebet um Erneuerung in der Johanniskirche (verlegt, da Georgenkirche zu klein), über 2000 Besucher die sich mit anderen Demonstranten anschließend zu einem Protestmarsch mit ca. 5000 Teilnehmern formierten. Pfarrer Alfred Radeloff findet sehr deutliche Worte für die Verhältnisse in der DDR, ruft zur angst-   | 17           |



|            |  |            |
|------------|--|------------|
|            | <p>freien, offenen Aussprache auf und reißt mit seinen Worten auch die nicht gläubigen mit. Reden der neuen Kräfte (NF, SDP) in der Kirche und vor dem Rathaus. Die Redner nennen an die Stasi gerichtet ihren Namen und ihre Anschrift und begeben sich damit bewusst in Gefahr aber auch unter den Schutz der Öffentlichkeit.</p> <p>Das Neue Forum stellt sich vor. Horst Leischner stellt die neu gegründete SDP vor und verteilt Flugblätter (Aufruf, Statut).</p> <p>In Dessau beginnen die zur „Tradition“ werdenden Freitagsdemonstrationen. An der Tagesordnung sind Losungen wie „Stasi in die Produktion“ und „keine Gewalt“ sowie Forderungen nach freien Wahlen, Auflösung der Stasi und der Kampfgruppen und Reisefreiheit für alle Bürger der DDR.</p> <p>Zur Tradition werden aber auch das ängstliche Abwarten vieler Bürger und das vorsichtige Beobachten der Vorgänge auf der Straße hinter den Gardinen. Viele Bürger hielten sich zurück, da sie ja „an ihre Familie denken“ mussten. Hatten die Demonstranten und Aktivisten der friedlichen Revolution keine Familie oder waren sie gar verantwortungslos?</p>   |            |
| 23.10.1989 | <p>Treffen der ersten Befürworter einer SDP-Gründung in Dessau in der Wohnung von Horst Leischner. Es ging um die Frage, wie weiter zu verfahren sei und welche Ziele die SDP in Dessau verfolgen müsste. Man verstand sich als konstruktive Alternative zum NF, welches sich zu jener Zeit nur im Protest gegen die alte Ordnung, nicht aber in den konkreten Zielen für eine neue Ordnung einigen konnte. Als Ziel wurde die Errichtung einer sozialen Marktwirtschaft in der DDR gesehen. Orientierung bot das „Neue Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ im Entwurf vom März 1989. Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten sollte erst nach einer wirtschaftlichen Stabilisierungsphase erfolgen, um Eigenbestimmung im Osten erhalten zu können. Dabei wurde auf die finanzielle und organisatorische Hilfe der BRD gesetzt.</p> <p>Teilnehmer der Besprechung waren: Horst Leischner, Wolfgang Kühnert, Roger Voigtländer, Joachim Volger sowie wahrscheinlich Albrecht Anspach, Harald Wondra und Silke Umlauf *).</p> <p>*) Von den ersten Besprechungen fehlen Notizen, Fotos und sonstige Dokumente, die im Falle eines noch möglichen Zugriffs der Stasi den Teilnehmern bzw. Mitgliedern schaden könnten. Die Versammlungen verliefen noch weitgehend konspirativ. Fotos liegen auch deshalb nicht vor, weil fotografierende Personen von den Demonstranten und Aktivisten der friedlichen Revolution zwangsläufig als Stasi-Angehörige bzw. –Zuträger verdächtigt wurden.</p>   | 18         |
| 24.10.1989 | <p>20:00 Uhr – Treffen bei Pfarrer Steckel in der Pauluskirche. Horst Leischner erläutert interessierten Bürgern das Statut der SDP bzw. SPD (die Bezeichnung der Partei variiert noch, wobei rechtliche Überlegungen wie die eines möglichen Verbots wegen der Nutzung eines besetzten Begriffs eine Rolle spielen).</p> <p>Grundanliegen des Personenkreises:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Idee des demokratischen Sozialismus der europäischen Staaten (gemeint waren die im Umbruch befindlichen sozialistischen Staaten)</li> <li>• Ablehnung jeglichen totalitären Denkens und Handelns</li> <li>• Endmonopolisierung der Macht</li> <li>• Staatliche Kontrolle bei nicht vermeidbaren wirtschaftlichen Monopolbildungen</li> <li>• Unabhängige, demokratisch organisierte Gewerkschaften und andere Organisationen als grundlegendes Anliegen</li> <li>• Ökologisch orientierte soziale Marktwirtschaft</li> <li>• Parteienpluralität, parlamentarische Demokratie, Gewaltlosigkeit</li> <li>• Politische und wirtschaftliche Teilhabe aller in Staat und Gesellschaft</li> <li>• Entmilitarisierung nach innen und außen</li> </ul> <p><b>Die SDP ging wie andere basisdemokratische Gruppierungen in der DDR zu dieser Zeit noch von einer ggf. längeren Phase der Zweistaatlichkeit und einer Annäherung der beiden Staaten bis zur Vereinigung aus. Über die Form einer Konföderation sollte die DDR in dieser Phase von der BRD wirtschaftlich unterstützt werden, um später die Vereinigung „auf Augenhöhe“ vollziehen zu können.</b></p> <p>Anmerkung zu den Anlagen: Das Statut kursierte in unterschiedlichen Bearbeitungsständen, da es fortgeschrieben und für verschiedene Zwecke auch abgeschrieben wurde.</p> | 19, 20, 21 |
| 24.10.1989 | An der Stasi-Zentrale in der Parkstraße wird der Stacheldrahtzaun und die Richtan-   |            |

|                    |  |                          |
|--------------------|--|--------------------------|
|                    | tennen auf Forderung bei der Freitagsdemonstration entfernt und das Haus geöffnet.   |                          |
| 25. und 27.10.1989 | <p><b>Erstes Treffen von cirka zwölf Personen im Gemeinderaum St. Peter der evangelischen Kirche in Törten. Wahl eines „Sprecherrates“ als erste Organisationsstufe der Partei, bestehend aus fünf Sprechern: Horst Leischner, Silke Umlauf, Roger Voigtländer, Albrecht Anspach, Joachim Volger. Horst Leischner wurde zum Geschäftsführer bestimmt. Anwesend waren ferner: Harald Wondra, Wolfgang Kühnert, Heinz Hug, Guido Feigenspan und Günter Piechatzek sowie ggf. Tilo Kreideweiß und Horst Bahn.</b></p> <p>Von da an jeden Mittwoch regelmäßige Treffen der SDP im Gemeinderaum in Törten. Es werden Zettel mit den Kontaktadressen des Sprecherrates verteilt.</p>   | 22                       |
| Ende Okt. 1989     | <p>Erstellung, Vervielfältigung und Verteilung erster Flugblätter durch die Gründungsmitglieder der SDP. Es werden Texte verfasst und mit Schreibmaschine mit jeweils fünf bis sieben Kopien geschrieben sowie in geringer Stückzahl mittels eines im Gemeindezentrum befindlichen Kopierers vervielfältigt. Die Erstellung von Flugblättern ist deshalb noch sehr aufwändig. Auch das Verteilen vor allem unter Kollegen und Bekannten ist nicht immer unproblematisch, da noch mit einem Zugriff der Stasi gerechnet werden muss. Man verlies sich jeweils auf das Gefühl, wem man vertrauen bzw. von wem man wenigstens ein Mindestmaß an Toleranz und Verständnis erwarten kann. Die Tatsache, dass dies „funktionierte“, erzeugte ein vorher nie da gewesenes Hochgefühl und ein enormes Selbstbewusstsein der am Umbruch beteiligten Menschen.</p> <p>Etwas später wurde die SDP bei ihrer Öffentlichkeitsarbeit durch die Firma Rupadruk (Pausch) unterstützt, welche zahlreiche Flugblätter und sonstige Schriften kostenlos anfertigte.</p> <p>Die SDP Dessau formuliert schon klare Ziele, welche im weiteren Verlauf der Ereignisse des Umbruchs kaum geändert bzw. revidiert werden mussten. Die wirtschaftspolitischen Ziele werden konkretisiert und von G. Piechatzek in einer ersten Entwurfsform zu Papier gebracht. Hier wird noch von einer Übergangsform der Wirtschaft, einer „Transformation“ der sozialistischen Wirtschaft in eine vom Markt bestimmte Wirtschaftsform ausgegangen.</p> <p>Die politische Arbeit und das Denken orientierten sich einerseits am Statut der SDP der DDR und andererseits am Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, das als Entwurf vom März 1989 vorlag (Anlage 18; woher das Programm kam ist heute nicht mehr bekannt).</p> <p>Da das NF über eine breitere personelle Basis und einen festen Anlaufpunkt verfügt sowie keine prinzipiellen inhaltlichen Widersprüche zu den Forderungen des NF bestehen, kann für die Verbreitung der Gedanken der SDP und die Kontaktierung neuer Sympathisanten das Büro des NF als Kontaktstelle genutzt werden.</p> <p>Die Werbung für die Versammlungen der SDP wird intensiviert und es werden bereits Bekanntmachungen in den Betrieben ausgehängt.</p> <p>Einige SDP-Mitglieder hängen in ihren Betrieben auch Aufrufe und polemische Schriften aus. Diese stoßen auf große Resonanz, werden aber letztendlich heimlich entfernt. Die Stasi registriert diese Vorgänge, greift aber bereits nicht mehr ein.</p> | 23<br>24<br>18, 21<br>25 |
| 27.10.1989         | <p><b>2. Gebet um Erneuerung in der Johanniskirche und der Petruskirche mit cirka 4000 Teilnehmern in und vor den Kirchen. Vorstellung des NF und der neu gegründeten SDP in der Johanniskirche. Anschließend Demonstration mit schätzungsweise 30 000 Teilnehmern. Losung „Wir bleiben hier“, Forderung nach freien Wahlen, Zulassung oppositioneller Kräfte.</b></p> <p>Die Demonstration endete 23:45 Uhr in der Johanniskirche, nachdem auf dem Rathausplatz eine Diskussion nicht möglich war und eine Eskalation drohte. Ratsmitglieder stellten sich den Fragen der Bevölkerung und es wurden Positionen ausgetauscht. Verteilung der Kontaktadressen des Sprecherrats in der Kirche.</p> <p>Die Demonstration verlief weitestgehend angstfrei und es herrschte bereits eine Siegesgewissheit vor.</p>  | 22, 27, 28               |
| 28.10.1989         | <p>Horst Leischner erhält in der Bürgersprechstunde die Gelegenheit, sich den Stadtverordneten als SDP-Mitglied vorzustellen und über Ziele der Partei und der basisdemokratischen Gruppen zu sprechen. Eine Diskussion in der Stadtverordnetenversammlung kam nicht auf.</p> <p>Die „Freiheit“ berichtet vorwiegend über die Aktivitäten der Vertreter der „befreundeten Parteien“.</p>   | 29                       |
| ab Okt. 1989       | Neben den offiziellen und meistens öffentlichen Treffen der SDP-Mitglieder finden auch Treffen im privaten Rahmen (z. B. bei H. Leischner und J. Volger) statt, welche   | 30, 31                   |

|              |  |   |
|--------------|--|---|
|              | der Festigung der internen Bindungen dienen.   |   |
| 01.11.1989   | Öffentliche Versammlung im Gemeinderaum Törten mit 40 bis 45 Personen.<br>Vorstellung des Sprecherrates und der Ziele der Partei, thematische Diskussionen u. a. zum Einfluss der SED in allen Ebenen, Auslage von Mitgliederlisten und erste „Welle“ neuer Eintritte, Beitragskassierung für den Monat November beginnt, um Flugblätter usw. finanzieren zu können. Vor dem Gemeinderaum stehen mehrere Autos des MfS mit aufgeblendeten Scheinwerfern.   | 32  |
| 03.11.1989   | Die Lokalredaktion der „Freiheit“ berichtet über den Auftritt von Horst Leischner vor den Stadtverordneten und zitiert:<br>„Der Sozialismus, den wir jahrelang erlebt haben, muss verändert, muss neu gestaltet werden. Dazu gehören für mich auch ein sozialer Friedensdienst und eine Erneuerung des Wahlgesetzes. Es ist für mich wichtig, dass jeder eine Wahlkabine benutzen muss und auch basisdemokratische Gruppen die Möglichkeit haben, Kandidaten aufzustellen. Ich kenne viele Genossen, die ganz aktiv für dieses Land arbeiten. Ich denke, jetzt zählt nicht mehr das Mitgliedsbuch, jetzt zählt die persönliche Überzeugung, die jeder Genosse engagiert vertritt.“<br>Der Beitrag vom 29.10.1989 wird nicht veröffentlicht.  | 33  |
| 03.11.1989   | 3. Gebet um Erneuerung in der Johanniskirche und weiteren 3 Kirchen.<br>Die Kundgebung führte an der verdunkelten SED-Kreisleitung vorbei.<br>Anlässlich der Demonstration mit circa 20 000 Teilnehmern im Zug und bis zu 70 000 auf dem Rathausplatz werden von den Rednern und Rednerinnen der neuen Kräfte Themen angesprochen wie:<br><ul style="list-style-type: none"> <li>• anmaßende Führungsrolle der SED,</li> <li>• Wahlmanipulationen, Forderung nach Neuwahlen,</li> <li>• Wehrkunde und einseitiger Staatsbürgerkundeunterricht in der Schule,</li> <li>• Defizite in der Alten- und Krankenpflege,</li> <li>• Wiedereinführung kirchlicher Feiertage,</li> <li>• Aufhebung von Berufsverboten für Christen,</li> <li>• Abschaffung der Jugendweihe.</li> </ul><br>Eine Erklärung der SDP Dessau zur gegenwärtigen Situation löst Diskussionen aus. Es werden gefordert:<br><ol style="list-style-type: none"> <li>1. Parlamentarische Demokratie und Parteienpluralität im Sinne des Vorhandenseins einer Opposition.</li> <li>2. Abschaffen der führenden Rolle der SED.</li> <li>3. Schaffung einer ökologisch orientierten sozialen Marktwirtschaft mit demokratischer Kontrolle ökonomischer Macht.</li> <li>4. Recht auf freie Gewerkschaften sowie Rechtsschutz im Falle notwendiger Streiks als letztes und unter Umständen einziges Mittel zur Darstellung der Interessen der Werktätigen gegenüber den Betriebsleitungen.</li> </ol><br>Ein gemeinsam mit dem NF erstelltes Flugblatt, welches junge Leute zum Bleiben auffordert, darf gedruckt werden, jedoch nur ohne Nennung der Autoren, da NF und SPD noch als nicht genehmigte Gruppierungen betrachtet werden. Die Reformfähigkeit der noch an der Macht Befindlichen wird dadurch ein weiteres Mal in Frage gestellt. | 26<br><br>35, 36, 37<br><br>41 (Datierung unklar) |
| 04.11.1989   | Großdemonstration mit einer Million Demonstranten in Berlin. Die SDP erschien erstmalig mit zahlreichen Transparenten.   |   |
| 06.11.1989   | Größte Kundgebung in Leipzig mit etwa 500 000 Demonstranten. Danach erscheinen auch in Leipzig deutlich weniger Demonstranten, da nach erfolgten Reiseerleichterungen die Reisewelle in den Westen einsetzt.<br>Die Pfarrer der Dessauer Kirchen und auch Horst Leischner kritisieren das neue Reiseerecht als unzureichend.   | 38, 39  |
| 7./8.11.1989 | Rücktritt des Ministerrates und Politbüros der DDR   | 280   |
| 08.11.1989   | SDP-Mitgliederversammlung<br>Themen: Zulassung der SDP durch den Magistrat im Rahmen der Zulassung anderer basisdemokratischer Gruppen *), Suche nach Zeugen des Wahlbetrugs, diesbezüglich Kontakt mit Ramona Steinberg erforderlich, Formulierung eines „Forderungskatalogs der ersten Stunde“ und dessen Veröffentlichung.  |   |

|            |  |                       |
|------------|--|-----------------------|
|            | *) Vom NF erhielt die SDP die Information, dass gemäß Gesetzblatt der DDR Teil 1 Nr. 44 „Verordnung über die Gründung und Tätigkeit von Vereinigungen vom 6. Nov. 1975“ eine Zulassung erforderlich ist. Obwohl die SDP eben diese Gesetzgebung nicht akzeptiert, wurde beschlossen, ebenfalls eine Zulassung einzuholen, um in einem gewissen Maße vor Zugriffen des MfS sicher zu sein und die politische Arbeit geordneter und in der gewünschten Öffentlichkeit durchführen zu können.   |                       |
| 09.11.1989 | Öffnung der Grenze der DDR in der Folge einer Mitteilung des ZK-Mitglieds Schabowski. Danach, vor allem aber durch die Verlockung des „Begrüßungsgeldes“ nimmt die Anzahl der Teilnehmer an den Demonstrationen deutlich ab und die Schlangen vor dem Reisebüro (VP-Meldestelle), wo die Reiseerlaubnis erteilt wird, wachsen. Die Demonstranten rufen vergeblich „reihet euch ein!“.  |                       |
| 09.11.1989 | Der Sprecherrat der SDP Dessau beantragt beim Magistrat der Stadt Dessau die Zulassung der Partei, um das Risiko eventueller Repressalien zu vermindern und gleichzeitig sich als Gesprächspartner anzubieten.   | 40                    |
| 09.11.1989 | Ein dringender Appell von Künstlern und Schriftstellern der DDR, unterstützt durch SDP, Neues Forum u. a. wendet sich an die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Dessau: „Wir bitten Euch dringend: Verlasst nicht das Land! Wer weggeht, gefährdet unseren Neuanfang. Jetzt wird jeder gebraucht!“ Das betreffende Flugblatt durfte aber weder vom NF noch der SDP unterzeichnet werden, da beide als illegal galten.<br><br>Einen großen Raum nimmt bei den Diskussionen die Rolle der Gewerkschaft bzw. des FDGB ein. Die SDP hält die Erneuerung des FDGB nicht für den richtigen Weg, sondern fordert unabhängige Gewerkschaften.  | 41, 281<br><br>42     |
| 10.11.1989 | Viertes Gebet um Erneuerung in der Johanniskirche und weiteren 3 Kirchen, Kundgebung. In Auswertung dieser Kundgebung erfolgt eine Präzisierung u. a. zur Frage der Privatisierung der Wirtschaft: Erhaltung des Volkseigentums als Staatseigentum im Bereiche der Grundlagenindustrie sowie des Transportwesens, dort aber Einführung eines „Pachtsystems“ mit direkter Gewinnbeteiligung und staatlicher Kontrolle. Ansonsten Privatisierung, beginnend bei kleinen Unternehmen.<br><br><b>Bemerkenswert war, dass dieser Redebeitrag der SDP, insbesondere die Forderungen nach einem marktwirtschaftlichen System und freien Gewerkschaften, von Pfiffen und Protestrufen begleitet wurden. Die SDP wurde vom NF scharf angegriffen. Führende CDU-Mitglieder bezeichneten das alles als Unsinn und beschimpften SDP-Mitglieder am Rande der Demonstration, ohne sich aber inhaltlich zu erklären.</b><br><br>Die Menschenmenge vor dem Reisebüro war größer als die im Demonstrationszug. Das war die erste große Frustration. | 43, 44, 45,<br>46, 47 |
| 10.11.1989 | OB Retzke teilt mit, dass das NF zugelassen wurde und bezüglich SDP noch keine Klarheit besteht.   |                       |
| 11.11.1989 | Sprecherratsversammlung. Diskussion über die Bildung von thematischen Arbeitsgruppen (Wirtschaft und Ökologie, Öffentlichkeitsarbeit, Organisation, Kunst und Kultur, Verfassung) in der SDP. Formulierung einer Beschwerde wegen der Rücknahme der Druckgenehmigung (war erforderlich, um in Druckereien politische Materialien drucken lassen zu können) durch den Magistrat der Stadt Dessau.   | 48                    |
| 13.11.1989 | Hans Modrow wird von der Volkskammer zum Ministerpräsidenten bestimmt.   |                       |
| 15.11.1989 | Michail Gorbatschow erklärt die Vereinigung von BRD und DDR zur innerdeutschen Frage und gibt damit den Weg zur Vereinigung frei.  |                       |
| 15.11.1989 | SDP-Mitgliederversammlung, Bildung einer Programmkommission und einer sowie erster Arbeitsgruppen: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Wirtschaft und Ökologie</li> <li>• Öffentlichkeitsarbeit (AG Agitation und Propaganda: Schmidt, Büttner, Hug, Voigtländer, Peters)</li> <li>• Organisation der Partei</li> <li>• Kunst und Kultur (AG vorgesehen, jedoch noch nicht existent)</li> <li>• Grundgesetz und Recht</li> </ul> Arbeitstreffen der Gruppe Wirtschaft und Ökologie (Otto, Born, Piechatzek, Lein, Neuhaus, Volger) bei J. Volger.<br>Arbeitstreffen der Gruppe Organisation (Leischner, Umlauf, Koch)   | 49                    |
| 16.11.1989 | Hans Modrow teilt mit, dass die Stasi in das „Amt für nationale Sicherheit“ umgewandelt wurde.   |                       |

|            |  |                   |
|------------|--|-------------------|
| 17.11.1989 | 5. Gebet um Erneuerung. Ein Drittel der DDR-Bevölkerung befand sich in der BRD. Die Anzahl der Demonstrationsteilnehmer betrug nur noch etwa 2000. Bei der anschließenden Diskussion in der Johanniskirche war die restaurative Haltung der SED Schwerpunkt der Auseinandersetzungen.  |                   |
| 21.11.1989 | Gespräch Voigtländer/Volger mit Retzke und Broda insbesondere zur Problematik der Zulassung der Partei und Bereitstellung von Räumlichkeiten. Auskunft: Zentrale Zulassung vorgesehen. Keine Bereitschaft zu eigenverantwortlichem Handeln beim Magistrat. Zulassungsbescheid am 09.12.1989 zu erwarten.   |                   |
| 22.11.1989 | SDP-Mitgliederversammlung. Themen: Zulassung der Partei, Arbeit des Vorstandes, Bildung von Arbeitsgruppen und Aufnahme deren Arbeit, Verbindung zu Halle (Bildung überregionaler Strukturen), Parteikonferenz in Dresden, Zweistaatlichkeit, Ausrichtung der Arbeit auf kommende Wahltermine, Herausgabe eines eigenen Publikationsorgans (Entwurf durch Volger vorgesehen; scheitert jedoch vorerst aus technischen Gründen), sonstige Möglichkeiten der Verteilung von Material insbesondere in Betrieben, derzeitige Positionierung der Blockparteien.   | 51                |
| 24.11.1989 | 6. Gebet um Erneuerung, Demonstration. Diskussionsthema „Ordnung und Sicherheit“ in Abstimmung zwischen NF, SDP und Rat der Stadt sowie Kreisoberpfarrer Radeloff. Schwerpunkt der Diskussion: Auflösung der Dessauer Dienststelle des Amtes für Nationale Sicherheit.   |                   |
| 26.11.1989 | Es erscheint der wegen des Aufrechterhaltens der Position der Zweistaatlichkeit umstrittene Aufruf „Für unser Land“ von Christa Wolff und Stephan Heym. Innerhalb der und für die SDP Dessau positioniert sich hierzu insbesondere Dr. Wolfram Schöll.<br>Die Diskussion beeinflusst auch die Haltung zu einigen Punkten des als überarbeitungsbedürftig empfundenen Statuts der SDP.  | 52, 53, 282<br>54 |
| 27.11.1989 | Tagung der AG Wirtschaft und anschließend Sprecherratssitzung bei J. Volger.<br>Themen: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Offenlegung der tatsächlichen wirtschaftlichen Situation in der DDR,</li> <li>• Mitspracherecht in Betrieben,</li> <li>• Beibehaltung des Volkseigentums als staatliches Eigentum in der Grundlagenindustrie und des Transportwesens, jedoch dort Einführung des Pachtsystems mit Gewinnbeteiligung,</li> <li>• ansonsten Durchführung einer umfassenden Wirtschaftsreform mit dem Ziel der Einführung der sozialen Marktwirtschaft insbesondere im mittelständischen Bereich und Handwerk,</li> <li>• Streikrecht</li> </ul> Darüber hinaus: Forderung nach einem von der ABI (Arbeiter- und Bauerninspektion) unabhängigen Untersuchungsausschuss, freie Reismöglichkeiten in beiden Richtungen für alle, freie Wahlen in geheimer Abstimmung, Auflösung der Kampfgruppen und Entmilitarisierung der Gesellschaft.<br>Diskussion der Problematik der Aufnahme von SED-Genossen, „die ihre politische Heimat in der SED nicht mehr sehen“ mit positivem Ergebnis. Es wird eine Einzelfallprüfung beschlossen.<br>Weitere Themen: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Anruf wegen Einladung des Gen. Niggemeier in Bonn</li> <li>• Druckgenehmigung für Text in "Konkret"; Art der Verteilung (s. u.)</li> <li>• Anfrage bei Freiheit wegen Veröffentlichung des Textes</li> </ul> |                   |
| 27.11.1989 | Herausgabe des ersten SDP-Mitteilungsblattes „Konkret“ als Flugblatt zur Montags-Demo. Die weitere Verteilung erfolgte über die SDP-Mitglieder sowie deren Freunde und Bekannte.<br>Das Mitteilungsblatt beschäftigte sich vor allem mit der Gefahr, dass die SED wieder die Macht an sich reißt, indem Sie Teile der Programmatik der SDP und anderer neuer Kräfte vereinnahmt und so den Versuch unternimmt, eine Mehrheit des Volkes hinter sich zu bringen. Es wird auch auf die zu jener Zeit angeprangerten Gewohnheiten der Machtelite der DDR eingegangen (hier Diplomatenjagd).<br>Die neue Strategie der SED und ihrer Nachfolgepartei wird die SPD noch lange beschäftigen, zumal die politische Konkurrenz immer wieder versucht, die Grenzen zwischen SPD und SED zu verwischen.<br>In der Regionalzeitung „Freiheit“ wurde die Forderung der SDP nach freien Wahlen veröffentlicht.  | 55<br>56          |



|                       |   |                |
|-----------------------|---|----------------|
| Ende Nov. 1989        | Verstärkte Pressearbeit wegen unterschiedlich gerichteter Angriffe gegen die Programmatik der SDP.  | 34, 57         |
| Ende Nov. 1989        | <p>Auf den Demonstrationen in Leipzig und auch anderen Orten wird die Losung „Wir sind <b>das</b> Volk“ zunehmend durch die Losung „Wir sind <b>ein</b> Volk“ verdrängt. BRD-Fahnen verdrängen das Zeichen der friedlichen Revolution, die Kerzen. Es mehren sich nationalistische Tendenzen. Aus den alten Bundesländern reisen Republikaner an, mischen sich unter die Demonstranten und bringen, allerdings mit nur begrenztem Erfolg, ihre Parolen ein. Die SDP wird massiv mit der Frage der Wiedervereinigung anstelle der angestrebten Konföderation der beiden deutschen Staaten mit dem <b>späteren</b> Ziel einer Vereinigung konfrontiert. <b>Zunehmend setzt sich in der SDP die Einsicht durch, dass die überwiegende Mehrheit der Bürger nicht die für den Prozess eines wirtschaftlichen Angleichens und Zusammenwachsens der beiden deutschen Staaten notwendige Ausdauer aufbringen werden und nicht nur die Reisefreiheit, sondern auch den erhofften Wohlstand sofort genießen wollen. Die SDP bekennt sich im Laufe der folgenden Wochen deshalb immer klarer zu den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft, zur Notwendigkeit einer Währungsreform und einer beschleunigten Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Sie sieht aber sehr wohl die wirtschaftlichen Nachteile der östlichen Bundesländer voraus und sucht nach Lösungsmöglichkeiten für dieses Problem.</b></p> <p>Die Nationale Front wird aufgelöst. Die Herausgabe von Betriebszeitungen als Presseorgan der Betriebsparteileitungen wird eingestellt.</p> | 58<br>59<br>52 |
| Ende Nov. 1989        | Der Bundeskanzler Helmut Kohl gibt sein 10-Punkte-Programm heraus, welches in der grundsätzlichen Zielsetzung nicht zu dem der SDP im Widerspruch steht und die Deutsche Vereinigung als Ergebnis eines Prozesses sieht, welcher über eine Zusammenarbeit zweier Deutscher Staaten führt. Diese Erklärung hat für die Bürger der DDR jedoch ein viel höheres Gewicht als alle Programme der eigenen Parteien. Das Kohl'sche 10-Punkte-Programm wird der CDU zugeordnet, obwohl die Ost-CDU programmatisch so weit noch nicht gedacht hat und bis Mitte/Ende Januar 1990 noch keine klare Position bezog.  | 60, 61, 62     |
| Ende Nov. / Anf. Dez. | <p>Das NF Stellt sein vorläufiges Büro im Großring 120 der SDP als Kontaktbüro zur Verfügung. Die SDP wirbt beim Bürger als eine Initiative mit klaren programmatischen Vorstellungen.</p> <p>Auch in der Stadtinformation Dessau kann die SDP jetzt für ihre Ziele werben.</p>   | 63<br>64       |
| 28.11.1989            | <p>Schriftliches Angebot des SPD-Vorsitzenden von Ludwigshafen, Rainer Rund, an die SDP Dessau zu deren Unterstützung.</p> <p>Formulierung eines Offenen Briefes, welcher zur Entmachtung der SED in den Betrieben aufruft.</p>   | 65<br>66       |
| 29.11.1989            | <p>Beratung des Sprecherrates bei Horst Leischner. Themen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Tagungen des Runden Tisches außerhalb der Arbeitszeiten; schriftlicher Antrag an den Rat der Stadt</li> <li>• Sonstiges (keine Aufzeichnungen vorhanden)</li> </ul>   |                |
| 29.11.1989            | <p>Mitgliederversammlung im Gemeinderaum Törten. Themen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Vorstellung des Sprecherrates und der Mitglieder</li> <li>• Problem der Vervielfältigung</li> <li>• Organisation der nächsten Demonstrationen; Busfahrer übernehmen die Zubringertransporte</li> <li>• Information über das Ratsgespräch</li> <li>• Bericht aus Halle - Mike Büttner (Inhalt nicht mehr nachvollziehbar)</li> <li>• Finanzen; vierteljährige Beitragserhebung, Abführung von 10 % für zentrale Aufgaben zum Vorstand in Halle, Geschäftskonto abhängig von Zulassung</li> <li>• Berichte über die Arbeitsgruppenarbeit</li> <li>• Neue Gruppen: Bildung und Wirtschaft</li> <li>• SED aus Betriebsleitungen entfernen</li> <li>• Gestaltung des SDP-Logo analog SPD-Logo</li> <li>• Druckgenehmigungen (Pauschalgenehmigung), Papierkontingent und Druckkapazitäten</li> <li>• Gartenfest</li> <li>• Zulassung: In Auswertung des Regionaltreffens der SDP wird festgestellt, dass</li> </ul>   | 67             |

|                      |  |                |
|----------------------|--|----------------|
|                      | <p>eine zentrale Zulassung nicht zu erwarten ist, da es kein Parteiengesetz gibt. <b>Es wird beschlossen, dass es ausreichend ist, dass die SDP ihre Existenz erklärt hat.</b></p> <p>Die Parteisekretäre der SED wurden aus den Betriebsleitungen entfernt. In den Betrieben und gesellschaftlichen Organisationen werden massenweise Akten vernichtet, welche auf politisch motivierte Repressionen schließen lassen und das Leitungspersonal sowie Zuträger belasten könnten. Bemühungen, diese Vorgänge zu stoppen, scheiterten meistens wegen fehlender Legitimation der Vertreter der neuen Kräfte, jedoch gelingt es auch, ein gewisses Verständnis für das Ziel einer demokratischen und transparenten Ordnung zu schaffen und wenigstens teilweise einen behutsameren Umgang mit der Vergangenheit zu bewirken.</p> |                |
| 30.11.1989           | Während das NF ein Büro in der Bitterfelder Str. 32 bezieht, wird die SDP hinsichtlich der Bereitstellung eines Büroraumes weiterhin vertröstet.   |                |
| 01.12.1989           | Gebet um Erneuerung, Demonstration, Dialog. SDP verteilt Flugblätter gegen Kampfgruppen und gegen SED-Betriebsorganisationen.  |                |
| 03.12.1989           | <p>12:00 – 12:15 Uhr – In Dessau wird eine Menschenkette von Süd nach Nord durch die gesamte Stadt gebildet.</p> <p>Diese Aktion soll die gesamte DDR erfassen und für die Hoffnung und Entschlossenheit der Bürger zur demokratischen Erneuerung des Landes stehen.</p>   | 68, 69         |
| Anfang Dezember 1989 | <p>Alfred Radeloff stellt eine Verbindung zwischen dem ehemaligen Dessauer Bürger und später Lüneburger Richter Franz Siegfried und der SDP her, indem beide Joachim Volger zu Hause aufsuchen. Von da an kümmert sich Franz Siegfried um die Schaffung demokratischer Strukturen in seiner alten Heimat und insbesondere innerhalb der neuen SDP, organisiert kommunalpolitische Lehrgänge (für alle neuen Kräfte) mit Lektoren aus den alten Bundesländern und siedelt dazu in die Dachwohnung seines an ihn zurück übertragenen Hauses in der Mendelssohnstraße 3 um.</p> <p>Hans-Georg Otto wurde zum Mitglied im Bundesparteirat berufen und fuhr dazu regelmäßig mit dem eigenen PKW nach Bonn.</p>  |                |
| 04.12.1989           | <p>Bildung einer Untersuchungskommission für Unterschlagung und Amtsmissbrauch bei H.-G. Otto und A. Anspach. Die Untersuchungskommission soll sich auch mit Fällen der Verunglimpfung befassen. H.-G. Otto wird Leiter der Untersuchungskommission.</p> <p>Besprechung mit dem Rat der Stadt (Broda Inneres), Radeloff, Anspach, Voigtländer, Rothe): Zur Problematik Büro, Papierkontingent und Druckkapazität wird eine Aussage bis 09.12.89 erwartet. OB spricht mit Zoll betreffs Einfuhr der Drucktechnik für das künftige gemeinsame Büro. Als Büroraum (2 Räume mit Telefon) wird von Broda die Adresse Bitterfelder Str. 32 angeboten.</p>  | 70             |
| 04.12.1989           | Häftlingsstreik in der Dessauer Strafvollzugseinrichtung. Vertreter der neuen Kräfte werden in die Problemlösung einbezogen. Von da an auch ständige Einbeziehung, später über den Stadtrat legitimiert.   |                |
| 05.12.1989           | Die SDP erhält vom Rat der Stadt Dessau die Beauftragung von Druckerzeugnissen immer noch erforderliche Druckgenehmigung mit der Auflage, das in der DDR kostbare Kunstdruckpapier nicht zu verwenden.   | 71             |
| 05.12.1989           | Am Morgen: In der Papierfabrik trafen Wagenladungen zu vernichtender geheimer Dokumente aus Zerbst, Potsdam, Halle und anderen Orten ein. Die neuen Kräfte verhinderten die Vernichtung und stellten eine Wache. Die Dokumente wurden, soweit noch erreichbar, im Rathaus eingelagert.   |                |
| 05.12.1989           | 16:00 Uhr – Begehung der Strafvollzugseinrichtung durch Herrn Radeloff, NF und SDP (Albrecht Anspach). Ursache: Häftlingsstreik.   | 72, 73         |
| 05.12.1989           | <p>17:30 Uhr – Gespräch mit der örtlichen Behörde der Staatssicherheit, die tief verunsichert und verängstigt, sich gewissermaßen selbst aufgelöst hat, jedoch noch weiter auf Anweisung aus Halle Dokumente auslagert und mit einer „geordneten Auflösung“ beschäftigt ist. Der Raum, in welchem die Dokumente liegen, aus denen die Informellen Mitarbeiter des MfS hervorgehen, bleibt auf Anweisung der vorgesetzten Dienststelle allerdings verschlossen. Es beeindruckte die gigantische Abhörtechnik.</p> <p>Die SDP ist mit 2 Vertretern (Albrecht Anspach und Name unbekannt) anwesend.</p>   | 74, 75, 76, 77 |
| 05.12.1989           | Gespräch (Meinungsaustausch) mit der NDPD, Herrn Heimbach. Anwesend war Albrecht Anspach.  | 78             |
| 05.12.1989           | Nach 19:00 Uhr – Erster Runder Tisch im Ratgeberzentrum in der Ferdinand-von-Schill-Straße 3. Dieser erste Runde Tisch wird noch von der SED-Nachfolgeorganisation dominiert. Die Form der Einflussnahme der neuen Kräfte ist  | 76             |

|                    |   |                                      |
|--------------------|---|--------------------------------------|
|                    | noch völlig unklar.   |                                      |
| 06.12.1989         | Mitgliederversammlung im Gemeinderaum Törten.<br>Mitteilungen: <ul style="list-style-type: none"> <li>• SDP hat 10 bis 20 Tausend Mitglieder und 20 Regionalverbände</li> <li>• SDP-Regionaltreffen am 16.12.89 vorgesehen</li> <li>• Bis Anfang 1990 ist Wahl der Regionalvorstände durchzuführen</li> <li>• Ab Januar können Druck- und Vervielfältigungsgeräte offiziell eingeführt werden</li> <li>• In der Bitterfelder Straße wurden 3 Räume für NF und SDP frei gelenkt</li> <li>• Auflösung der Stasi-Büros für kommenden Freitag, 10:00 Uhr vorgesehen.</li> <li>• Wahlprogramm (Entwurf)</li> </ul>   | 79                                   |
| 06.12.1989         | Der Magistrat der Stadt Dessau bezieht den „Runden Tisch“ (vorerst Bürgerkomitee) in die Entscheidungsfindung der kommunalen Vertretung als richtunggebendes Gremium ein. Laufende Beschlüsse des „alten“ Stadtrates werden unter einen Bestätigungsvorbehalt gestellt.<br>Beginn der Auflösung der Kampfgruppen.<br>Das NF erhielt Büroräume in der Bitterfelder Straße 32.  | 80                                   |
| 07.12.1989         | In Berlin tagt erstmalig der Zentrale Runde Tisch.  |                                      |
| 07.12.1989         | Im Jugendklub Drushba tagt erstmalig die Basisgruppe Dessau Nord.   |                                      |
| 08.12.1989         | Die SDP (Roger Voigtländer) übernimmt die Gesprächsleitung anlässlich der Gespräche nach dem Friedensgebet und stellt die Sicherheitsposten zur Demonstration.<br>Anlässlich der Demo erneuerte die SDP die bereits am 03.11. und 10.11. geäußerten Forderungen. Die Position zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten wird erläutert und eine entsprechende Schrift verteilt.<br>Die Oberbürgermeisterin, Frau Retzke, erklärt, dass sie keine Waffenträgerin mehr sei und keine Waffen mehr im Besitz von Zivilpersonen sein sollen.<br>Ferner übergibt sie der SDP die auf den nächsten Tag datierte Zulassungsurkunde des Rates der Stadt Dessau an Horst Leischner.                    | 58, 81, 82, 83, 84, 85, 86<br><br>87 |
| 09.12.1989         | Horst Leischner trifft zu Gesprächen in Ludwigshafen ein.   | 88, 89                               |
| 09.12.1989         | OB Retzke stellt in der Volkskammer den Antrag auf freie und geheime Wahlen am 06.05.1990.  |                                      |
| Dezember 1989      | Die Kampfgruppen werden aufgelöst und die Waffen sicher gelagert. Die neuen Kräfte fordern, dass Waffen grundsätzlich nicht in die Hände der Bürger gehören (nur Armee, Polizei und Jägerschaft).<br>Die Betriebsparteileitungen werden bis 31.12. aufgelöst. Die Trennung von Partei und Wirtschaft ist praktisch vollzogen, jedoch fühlen sich die Leiter nun zu eigenständigem wirtschaftlichem Handeln in einer Weise befugt, dass frühkapitalistische Gepflogenheiten Einzug nehmen.<br>Die SDP fordert Neuwahlen und eine neues Wahlgesetz. Die politische Arbeit ist bereits überregional organisiert und ist u. a. auf die Bildung übersichtlicher demokratischer Strukturen gerichtet. | 90, 91<br><br>93                     |
| 09.12.1989         | Das MfS wird in „Amt für Nationale Sicherheit“ umbenannt und etwas transparenter gestaltet. Die Kreisstellen werden sukzessive geräumt und die Akten werden zentral eingelagert. Nach wie vor werden aber auch Akten vernichtet.  |                                      |
| 11.12.1989         | Sitzung des Sprecherrates und der AG Wirtschaft.<br>Vertiefung der programmatischen Arbeit der SDP auch in Dessau und Mitarbeit bei zentralen Themenstellungen.   | 94                                   |
| 13.12.1989         | Das Haus der Stasi in der Parkstraße ist geräumt und wird zur eventuellen Verwendung für eine Gesundheitseinrichtung besichtigt.  | 95                                   |
| 13. bis 15.12.1989 | Zweiter Besuch in Ludwigshafen (Leischner, Umlauf, Otto, Wondra). Darstellung der Positionen, Probleme und des konkreten Bedarfs für die Parteiarbeit und den kommenden Wahlkampf.<br>Gleichzeitiger Besuch der OB Retzke und weiterer Vertreter des Rates der Stadt Dessau in Ludwigshafen (Bitte um Unterstützung bei der Krankenhausausrüstung usw.).<br>In den nächsten Wochen werden nach Dessau geliefert: Schreibmaschinen, Kopierer, Papierschneidegerät, Ordner, Schreibpapier, Folien, Textmarker, Kugelschreiber und was sonst noch zu einer Büroausstattung gehört. Im Januar 1990 folgen eine komplet-   | 89, 96, 97, 98                       |



|                                  |  |                       |
|----------------------------------|--|-----------------------|
|                                  | <p>te Druckeinrichtung, ein Roto-Druckgerät, ein Foliengerät, Aufkleber, Wand- und Taschenkalender, Plakatständer für den Wahlkampf und diverses Wahlmaterial wie Aufkleber, Leim und Quasten zum Plakatieren, eine SPD – Fahne, Diktiergerät, elektrische Rechenmaschine.</p> <p>Das Material wird im Gemeindehaus Törten zwischengelagert, da noch kein Büro vorhanden ist.</p> <p>Silke Umlauf konzentriert ihre politische Arbeit auf eine Modernisierung des Theaters im Sinne einer politischen Öffnung.</p>   | 283                   |
| 14.12.1989                       | <p>Mitgliederversammlung im Jugendklub Kreuzbergstraße. Themen: Zulassung, Ergebnisse der Ludwigshafen-Reise der OB Retzke, Übergabe von Spenden an Kinder- und Altenheime, nächste Ludwigshafen-Reise als Arbeitstreffen mit thematischen Schwerpunkten vorgesehen, Materielle Unterstützung für den Wahlkampf durch die SPD Ludwigshafen, Formen der Mitarbeit bei den Entscheidungen der Stadt (Bürgerkomitee), Werbung von Mitgliedern mit speziellen fachlichen Kenntnissen.</p> <p>Anfangs wurde die SDP von der Presse in die „rechte Ecke“, anschließend in die „linke Ecke“ gestellt. Die Verbreitung der Richtigstellungen ist uns kaum möglich. Gleichzeitig ist aber auch ein Erstarren rechtsradikaler Tendenzen feststellbar, welches restaurativen Kräften Auftrieb verleiht.</p> | 99<br>100             |
| 15.12.1989                       | Letztes Gebet um Erneuerung in der Johanniskirche  |                       |
| 17.12.1989                       | Mit der „Freiheit“ wurde vereinbart, dass der SDP wöchentlich 2 Spalten zur Verfügung stehen.  | 101                   |
| Dez. 1989                        | Mit Hilfe von Dr. Siegfried entwickelt die SDP die für eine Partei notwendigen Strukturen. Es werden Aufnahmeanträge entworfen, vervielfältigt und verteilt. Das Aufnahmeverfahren wurde geregelt, ein erster Ausweis erstellt, eine Kasse gebildet und gemeinsam mit dem NF um Büro- und Versammlungsräume gekämpft.  | 102                   |
| 18.-<br>20.12.1989               | <p>Programm-Parteitag in Berlin</p> <p>Die SDP ist wie auch ihre Schwesterpartei eine Programmpartei mit klaren Vorstellungen für die anzustrebende Staats- und Gesellschaftsform.</p>   | 103, 104              |
| 18.12.1989                       | In der Stadtverordnetenversammlung wird die Vertrauensfrage bezüglich Sylvia Retzke gestellt; Ergebnis: Vertrauen wurde ausgesprochen.   | 97                    |
| 19.12.1989                       | Von da an waren die Sitzungen des Runden Tisches monatlich im DFD-Ratgeberzentrum in der Johannistraße vorgesehen.   |                       |
| 20.12.1989                       | <p>Erste Wahlkampfveranstaltung der SDP mit Beteiligung von Parteimitgliedern aus Ludwigshafen. Übergabe einer SPD-Fahne durch die Ludwigshafener Genossen.</p> <p>Broda verspricht der SDP, sich um einen Raum in der Bitterfelder Straße zu kümmern (das NF bezog bereits am 30.11. ein Büro in der Bitterfelder Str. 32).</p> <p>19:00 Uhr Mitgliederversammlung im Gemeindehaus Törten.</p> <p>Erstellung von Flugblättern, welche die SDP bekannt machen sollen.</p>  | 105, 106,<br>107, 152 |
| 21.12.1989                       | Gegenbesuch der Ludwigshafener Genossen in Dessau. Erörterung inhaltlicher Fragen: Parteistruktur, Wahlkampf, Erfahrungen aus der Vergangenheit, Kommunalpolitik, Soziale Marktwirtschaft, Vaterlandsbegriff und deutsche Einheit, Name der Partei SDP oder SPD.   | 108, 109,<br>110      |
| 21.12.1989                       | Herausgabe des Beschlusses des Ministerrates der DDR zur Unterstützung der Arbeit des Runden Tisches.  | 111                   |
| 28.12.1989                       | <p>Gespräch zwischen Roger Voigtländer und Joachim Volger sowie der Lokalredaktion der Zeitung „Freiheit“ wegen nicht erfolgter bzw. verfälschter wiedergegebener Veröffentlichung von Beiträgen der SDP.</p> <p>Ergebnis: Zusage einer direkten Äußerungsmöglichkeit.</p> <p>Die veröffentlichten Artikel rufen teils heftige Diskussionen hervor, welche von einem Beharren auf alten Standpunkten und grundsätzlichem Misstrauen gegenüber marktwirtschaftlichen Prinzipien geprägt sind.</p>   | 112, 113              |
| Ende Dez.<br>1989                | Gründung der Basisgruppen Süd (Möster Str. 54), Nord (Wilhelm-Müller Str. 4) und Ziebigk (Elballee, Oberschule 10) der SPD in Dessau. Kurz darauf Gründung der Basisgruppe Mitte.  | 114 bis 118           |
| 27.12.1989<br>oder<br>03.01.1990 | Gespräch der Kriminalpolizei mit der SDP über eine „Sicherheitspartnerschaft“ und im Zusammenhang damit über die Sicherung der Kampfgruppenwaffen. Es wurde festgelegt, die Schlösser der Waffen auszubauen und gesondert zu lagern, um eine schnelle  | 119                   |

|            |   |   |
|------------|---|---|
|            | Montage und somit Wiedereinsetzbarkeit der Waffen zu verhindern. Dieser Vorschlag soll dem Runden Tisch unterbreitet werden.  |   |
| 02.01.1989 | Runder Tisch. Thema: Finanzsituation der Stadt. Streit über Stimmberechtigung. Rainer Rothe kündigt sein Arbeitsverhältnis und verlässt Dessau.   |   |
| 04.01.1990 | Veröffentlichung eines Offenen Briefes, formuliert von H.-G. Otto zur Stadtverordnetenversammlung am 18. Dezember in der „Freiheit“. Für die künftige politische Arbeit in der Stadt wird eine Analyse des Zustandes der Infrastruktur gefordert.   | 120, 121                                |
| 05.01.1990 | Spontane Demonstration gegen Privilegien (Renten und Ausgleichszahlungen), welche die Modrow-Regierung ehemaligen Stasi-Mitarbeitern verschaffte.   |   |
| 06.01.1990 | Wirtschaftsfachmann der SPD Heinz Kruse in Dessau   |   |
| 06.01.1990 | Tagung des SDP-Koordinierungsausschusses in Halle. Ziel: Strukturierung der Partei und deren Zielsetzungen, Erstellung gemeinsamer Dokumente.   | 93, 122                                 |
| 09.01.1990 | Öffentliche Versammlung des Ortsvereins der SPD Ziebigk / Siedlung im Kornhaus. Das Interesse der Bürger an aktuellen politischen Informationen und speziell an der SPD war so groß, dass der Saal dicht gefüllt war.   |   |
| Jan. 1990  | In Dessau wird Kriegsspielzeug aus dem Handel verbannt.   |   |
| 10.01.1990 | SPD-Wahlversammlung im Gemeinderaum Törten; Umbenennung in SPD und Bekenntnis zur gesamtdeutschen SPD im Vorgriff auf diesen Akt in der gesamten DDR, Wahl eines Vorstandes des SPD-Kreisverbandes (Ortsgruppe) Dessau anstelle des aus 5 Mitgliedern bestehenden Sprecherrates; Organisatorische Unterstützung (demokratische Strukturen und Form der Wahl) durch Dr. Franz Siegfried.<br>Von 118 Mitgliedern sind 73 anwesend<br>Vorsitzender : Hans-Georg Otto<br>Stellvertretender Vorsitzender: Joachim Volger<br>Kassenwart: Margit Bahn<br>Stellvertretender Kassenwart: Tilo Koch<br>Schriftführer: Günter Barleben<br>Beisitzer: Bahn, Biener, Kreideweiß, Leischner, Löster, Peters, Schöll, Seelbinder, Spiegel, Voigtländer, Wondra<br>Wahlkampfkoordinator: Andreas Spiegel<br><br>Anschließend Bildung von 14 Arbeitsgruppen. Von den 118 Parteimitgliedern hatten sich letztendlich 114 zur Mitarbeit in den AG eingetragenen.<br>Anmerkung: Die durch Eintragung interessierter Parteimitglieder gebildeten Arbeitsgruppen arbeiteten mit sehr unterschiedlicher Intensität. Nach einigen Wochen blieben nur wenige Arbeitsgruppen bestehen, die später bei der Erarbeitung des Kommunalwahlprogramms die Arbeit der nicht mehr existenten AG übernahmen. Dies lag nicht nur an den unterschiedlichen Möglichkeiten und Fähigkeiten der AG-Mitglieder, sondern vor allem auch an Schnittstellen- und Abstimmungsproblemen.<br>Sehr früh positioniert sich die SPD gegen die Meinung von CDU und FDP für die Beibehaltung der Straßenbahn in Dessau. | 123 bis 127<br><br>128, 129,<br><br>130 |
| 11.01.1990 | Gründung der Jugendorganisation „Juso“ durch Tilo Kreideweiß und Torsten Linde. Die Jungen Sozialisten machen mit zahlreichen Flugblattaktionen auf sich aufmerksam. Sie nutzen ein Büro beim Stadtjugendring.  | 285 bis 290                             |
| 12.01.1990 | Beginn der regelmäßigen Herausgabe des SPD-Mitteilungsblattes „Konkret“. Die Verteilung erfolgt über die Mitglieder. Hier wird u. a. die Position der SPD zur deutschen Einheit erläutert.<br><b>Anmerkung:</b> Der inzwischen propagandistisch unbedacht gebrauchte Begriff der Wiedervereinigung erzeugt bei zahlreichen Mitgliedern der SPD Befürchtungen, da er mit nationalistischen Tendenzen einher ging. Das Wort <b>Wiedervereinigung</b> impliziert auch im Denken einen Bezug auf den Letzten Zeitpunkt eines geeinten Deutschland, nämlich im dritten Reich! Deshalb wurde von einem Zusammengehen oder einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten gesprochen. Dies sollte auch den ehemaligen Alliierten zeigen, dass solche Befürchtungen durchaus ernst genommen werden.   | 123, 131, 132 (?)                       |
| 12.01.1989 | Teilnahme von H. und M, Bahn, G. Seelbinder, J. Blümel und G. Barleben (?) am Neujahrsempfang der Stadtverwaltung in Ludwigshafen.  | 133, 134                                |
| 12.01.1990 | Die Dessauer SPD (insbes. Uwe Günther) organisiert die Freitagsdemonstration auf  | 50, 135                                 |

|                      |  |                       |
|----------------------|--|-----------------------|
|                      | dem Markt. Etwa 20 Tausend Teilnehmer. Gemeinsames Motto: Die Revolution ist in Gefahr (wegen Vereinnahmung der Forderungen der neuen Kräfte durch die SED-PDS. Die neuen Parteien und Gruppierungen stellen ihre Programme vor.<br>In der Johanniskirche wird für die neuen Parteien und Gruppierungen gesammelt, um diesen eine Chance für die kommende Wahl zu geben. Die SDP erhält 1871,25 Mark vom gesammelten Betrag.   |                       |
| 12. –<br>13.01.1990  | <b>Delegiertenkonferenz in Berlin; offizielle Umbenennung der SDP in SPD</b><br>H.-G. Otto kritisiert die gegenüber dem Bürger noch nicht ausreichend klare Positionierung der Partei für die deutsche Einheit und eine Währungsunion.   | 136<br>155            |
| 13.01.1990           | Öffentlicher Vortrag von Heinz Kruse, SPD Nordrhein-Westfalen, zur regionalen Wirtschaftspolitik im Speisesaal des Instituts für Impfstoffe. Es werden Vorschläge für eine künftige wirtschaftspolitische Ordnung in der DDR unterbreitet. Heinz Kruse bringt Rüdiger Reitz (Mitarbeiter beim Vorstand der SPD in Bonn) mit, der in der kommenden Zeit die SPD organisatorisch unterstützt.  |                       |
| 13.01.1990           | Versammlung des SPD-Stadtverbandes im Institut für Impfstoffe  |                       |
| 13. –<br>14.01.1990  | SPD-Schulung in Halle, Erstellung eines überregionalen SPD-Wirtschaftsprogramms unter der Leitung von Frank Bogisch und unter aktiver Beteiligung der Dessauer Mitglieder. Ausgangspunkt war noch der Wirtschafts- und Währungsverbund zweier deutscher Staaten. Als Zwischenstufe war eine staatlich kontrollierte Privatwirtschaft angedacht.  | 122, 137,<br>138      |
| 15.01.1990           | Anlässlich ihres Parteitags bekennt sich die CDU-Führung noch zur Eigenschaft als Blockpartei unter der führenden Rolle der SED. Die Basis orientierte sich allerdings bereits am 10-Punkte-Programm von Helmut Kohl.  |                       |
| 18.01.1990           | SPD und Neues Forum greifen die SED-PDS wegen der Verschleppung der Problematik der Bereitstellung von Räumlichkeiten für die neuen Kräfte an.   | 139, 140              |
| 18.01.1990           | Besprechung der Basisgruppe Alten zur Vorbereitung der Mitgliederversammlung am 24.02.1990 (dazu keine Angaben vorhanden)  | 292                   |
| 19.01.1990           | Gebet um Erneuerung, Demonstration wurde von SPD organisiert (Mikrofone am Pfeiferhaus, wo Roger Voigtländer wohnte)   |                       |
| Jan.1990             | Rückzug von Horst Leischner aus der Politik wegen Teilnahme an einem Predigerseminar und der vorgesehenen anschließenden kirchlichen Laufbahn, verbunden mit einem Wohnortwechsel.   |                       |
| Jan.1990             | Die Dessauer SPD erhält materielle Unterstützung von einer Schule aus den alten Bundesländern und kann dadurch deutlich effizienter arbeiten.  | 141                   |
| Jan. 1990            | Diskussionen über gewünschte Parteieintritte bisher nicht bekannter Personen mit SED- Vergangenheit sowie einige gegenseitige Verdächtigungen bezüglich einer IM-Tätigkeit führen zu Irritationen und einigen Parteiaustritten.<br>Es galt prinzipiell die Unschuldsvermutung, jedoch wurde in Verdachtsfällen ein Zurückziehen des Antrags auf Aufnahme in die SPD empfohlen.<br>Anmerkung: Im August 1991 bestätigten sich Verdachtsmomente gegen Dr. Hinkeldein, welcher inzwischen im Magistrat das Amt des Wirtschaftsdezernenten inne hatte. Dies führte zu seinem sofortigen Parteiausschluss und zur Entlassung aus dem Dienst der Stadt. Anderen, gegen die Verdächtigungen ausgesprochen wurden, wurde trotz sorgfältigen Umgangs mit der Problematik teils schweres Unrecht zugefügt. | 142, 143,<br>144, 145 |
| 21. / 22.01.<br>1990 | Besuch von der SPD Ludwigshafen in Dessau (OB Dr. Ludwig und Fraktionsvorsitzender Manfred Vogt)   | 146 bis 153           |
| 22.01.1990           | Tagung der AG Bildung<br>Schülerstreik u. a. gegen Pflichtfach Russisch und gegen Staatsbürgerkunde. Betont nationale Tendenzen bei den Schülern.  |                       |
| 23.01.1990           | Am Runden Tisch wird über den Ministerratsbeschluss zur Hilfe für oppositionelle Gruppen berichtet.<br>Es wird beschlossen, der Opposition 2 PKW und monatlich 3000,- Mark zur Verfügung zu stellen.<br>Thema: Verschrottung der Kampfgruppenwaffen auf Verlangen der VP.<br>Aufnahme der URANIA und des DTSB am Runden Tisch.<br>Listen der IM „eingefroren“; Einsicht nicht gewährt. In Dessau schätzungsweise 6500 IM.  | 111, 154              |

|                     |   |   |
|---------------------|---|---|
|                     | Rücktritt der OB Retzke und deren Austritt aus der SED mitgeteilt.  |   |
| 26.01.1990          | Krisensitzung des Runden Tisches; Nominierung von Christoph Döring (Stellvertreter von OB Retzke) als neuer OB.   |   |
| 29.01.1990          | Öffentliche Veranstaltung der SPD mit Rainer Rund und Manfred Reimann (Ludwigs-hafen) im Kristallpalast. Themen: Soziale Marktwirtschaft und demokratisches Wahlrecht.<br>Kristallpalast war überfüllt.<br>Beginn des Wahlkampfes und dessen organisatorische Vorbereitung durch Zusammenstellung der Wahlkampfhelfer.  | 156 bis 161 und 207                     |
| 30.01.1990          | Runder Tisch: Mitteilung durch Herrn Raspe (Leiter VPKA) über Verbleib der Verschlüsse und der Munition der Kampfgruppenwaffen in Halle.<br>Straßennamen- Änderungen wegen Bedenken zurückgestellt.<br>Noch keine Büroräume für SPD zur Verfügung gestellt.<br>Einspruchsrecht zu Ratsvorlagen vom NF gefordert.<br>Rechtsanwalt Haferkorn bietet Unterstützung der SPD bezüglich Rückübertragung des SPD-Eigentums an.<br>Abhörmöglichkeiten, Postgeheimnis.   |   |
| 31.01.1990          | Vernichtung der Kampfgruppenwaffen gemäß Beschluss der Runden Tisches   | 162, 163                                |
| ab Jan. / Feb. 1990 | Beginn der Mitarbeit in überparteilichen Arbeitsgruppen zur Ausarbeitung der künftigen Landesstruktur, zur Bestimmung der neuen Landeshauptstadt. In dieser Thematik zeichnet sich Horst Bahn durch überdurchschnittliche Aktivitäten aus, welche in folgende Richtung zielen: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Dessau soll neben Halle und Magdeburg Oberzentrum werden</li> <li>• Dessau sollte Landeshauptstadt werden, da die Rivalen Halle und Magdeburg auch ohne diesen Status erstarken würden und Dessau praktisch den Mittelpunkt des Landes bildet</li> <li>• Künftige Regierungsbezirke entsprechend den drei Oberzentren</li> </ul>  | 164 bis 170                             |
| 01.02.1990          | Die SPD bemüht sich bei Willy Brandt weiterhin um einen Besuchstermin in Dessau und verweist auf eine sehr gute Resonanz der SPD bei öffentlichen Veranstaltungen.  | 171, 172                                |
| 01.02.1990          | Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit durch die AG Öffentlichkeitsarbeit   | 284                                     |
| 06.02.1990          | Runder Tisch (bereits 34 Personen): Die SPD erhielt die Zuweisung für ein Büro in der Bitterfelder Straße 32.<br>NF: Betriebe stoßen Kindergärten ab.<br>Besuch von Willy Brandt am 03.03.1990 vorgesehen (musste aber später abgesagt werden)<br>Länderreform.<br>Anmerkung: Die SDP beteiligt sich schon seit November am Versuch einer Profilierung der Stadt Dessau als künftige Landeshauptstadt, da Halle und Magdeburg im Streit liegen und Dessau dringend einer Stärkung bedarf, um als Oberzentrum bestehen zu können.  | 173, 174, 175, 293<br><br>165, 176, 278 |
| Feb. 1990           | Der Wahlkampf ist stark durch das Thema der deutschen Einheit geprägt und beeinflusst zunehmend das politische Klima auch zwischen den neuen Kräften. Die SPD wird zunehmend Opfer einer „Rote-Socken“-Kampagne und von Unterstellungen, sie würde durch ehemalige SED-Mitglieder und Stasi-Mitarbeiter unterwandert. Aber nach wie vor steht auch die künftig zu wählende Wirtschaftsform zur Debatte und erfordert klare Positionierungen.<br>Gleichzeitig ist zu beobachten, dass die SED-PDS den Versuch unternimmt, den neuen Kräften das Zepter aus der Hand zu nehmen, indem sie sozialdemokratische Positionen besetzt. Es kommt vorübergehend zum Handlungsbündnis der neuen Kräfte.<br>Herausgabe der Wahlordnung für die Volkskammerwahl | 177, 178 und 35, 179<br><br>180<br>181  |
| Feb. 1990           | Die AG Wirtschaft der Dessauer SPD präzisiert ihre wirtschaftspolitischen Vorstellungen für eine künftige marktwirtschaftlich organisierte Staatsform, um diese in das Programm der DDR-SPD und den Wirtschaftstisch in Dessau einzubringen. Anlage 182 beinhaltet das Vorbereitungspapier für die Auftaktveranstaltung.<br>Es gründet sich der Ortsverband Mosigkau.   | 182<br><br>183                          |
| 09.02.1990          | Die SPD tritt anlässlich der Freitagsdemonstration für die Landeshauptstadt Dessau  | 174                                     |

|                   |  |                    |
|-------------------|--|--------------------|
|                   | ein.   |                    |
| 10.02.1990        | Empfang von Büromaterial und sonstigen Materialien für die politische Arbeit von Peter Schneider, Innova durch G. Piechatzek in Rudolphstein. Es handelt sich dabei um folgende Positionen: <ul style="list-style-type: none"> <li>• 4 Schreibtische</li> <li>• 1 Konferenztisch</li> <li>• 6 bis 8 Bürostühle</li> <li>• 30 Klappstühle</li> <li>• kleine Beistellregale</li> <li>• kleine Telefonanlage</li> <li>• Fernschreiber</li> <li>• 2 Schreibmaschinen</li> <li>• Bücher (als Spende für EOS)</li> <li>• Mehrere hundert SPD-Anstecker</li> <li>• Druckpapier (ca. 1500 Blatt)</li> <li>• kleiner Stahlschrank</li> <li>• 2000,- DM für Organisationszwecke</li> </ul> | 141                |
| 10. – 11.02.1990  | Bezirksparteitag in Halle; Dr. Wolfram Schöll und Renate Schlichting kandidieren für die Volkskammer. Als Kandidatin für die Volkskammer wird Renate Schlichting nominiert.  | 184                |
| 13.02.1990        | Erarbeitung des Dokumentes der SPD-Dessau „Vorschlag zur Struktur der AG Wirtschaft und Arbeitsthesen“   |                    |
| 21.02.1990        | SPD-Veranstaltung auf dem Rathausplatz mit Horst Sielaff, MdB Lu, zum Thema „Deutsche Vereinigung“   | 185, 186           |
| 23.02.1990        | Rechtsanwalt Haferkorn empfiehlt der SPD die Rückforderung der Druckerei Rotation in der August-Bebel-Straße, da diese SPD-Eigentum war und von den Nationalsozialisten enteignet wurde.<br>Eine Antwort auf dieses Ansinnen hat die SPD wahrscheinlich nicht erhalten. Der Vorgang wurde nicht weiter verfolgt, da dieser mit unüberschaubaren Kosten verbunden war.  | 291                |
| März 1990         | Die Wirtschaft der DDR wird durch Ministerratsbeschluss zunehmend marktwirtschaftlichen Verhältnissen angepasst. Einher geht damit nicht selten auch ein rüder Umgang mit den Arbeitnehmern durch die immer noch gleichen Betriebsleitungen. Es kommt zu ersten Entlassungen und zum Abbau betrieblicher Sozialeinrichtungen.  | 187                |
| 22. – 25.02.1990  | <b>Erster Parteitag der SPD der DDR in Leipzig. Verabschiedung des Grundsatzprogramms. Willy Brandt wird Ehrenvorsitzender.</b>  | <b>188 bis 191</b> |
| 03.03.1990        | Wahlkampf für die Volkskammerwahl. Öffentliche Veranstaltung mit Herta Däubler-Gmelin und Rüdiger Fikentscher im Ratssaal und anschließend in kleiner SPD-Runde im Restaurant am Museum.<br>Die Probleme der Vermittlung der Ziele der SPD an die Bürger werden immer deutlicher und sind Gegenstand der Beratungen in den Ortsverbänden.  | 192 bis 196        |
| 07.03.1990        | Noch im Dezember schien die Welt auf einem friedlichen Weg der Erneuerung zu sein. Die friedliche Revolution sollte die Welt zum Verzicht auf Gewalt ermutigen. Der Runde Tisch rief zu einer Lichterkette gegen Krieg und Gewalt auf.   | 197                |
| 08.03.1990        | SPD-Wahlveranstaltung im Kornhaus.<br>Jörg Blümel als Geschäftsführer in der Bitterfelder Str. eingesetzt.   | 198                |
| 09. / 10.03. 1990 | Die SPD Ludwigshafen unterstützt im Wahlkampf durch Infostand in Dessau.<br><b>Die SPD bekennt sich deutlich zur deutschen Einheit, fordert aber einen geordneten Weg in diese. Die nicht zu beantwortende Frage nach der Geschwindigkeit des Vereinigungsprozesses führt zu Irritationen bei der Vermittlung der Ziele und macht die SPD angreifbar, indem behauptet werden kann, dass sie die Vereinigung nicht will. Die wirtschaftliche und soziale Vernunft spricht gegen eine schnelle Vereinigung per Anschluss an die BRD. Die Einschätzung der Belastungsfähigkeit der Menschen in der DDR in der Übergangsphase spricht dafür.</b>                                     | 199 bis 206        |

|                               |  |                              |
|-------------------------------|--|------------------------------|
| 14.03.1990                    | OB Dr. Ludwig (Ludwigshafen) referiert in Dessau auf dem Rathausplatz zum Thema „Für Demokratie und soziale Gerechtigkeit“. Ursprünglich sollte die Veranstaltung im Kristallpalast stattfinden, musste jedoch wegen des hohen Besucherandrangs auf den Rathausplatz verlegt werden. Uwe Feigenspan stellte hierfür seinen Firmen-LKW als Rednertribüne zur Verfügung. Es kam zu einer regen Kommunikation mit dem Publikum.   | 208                          |
| 16. / 17.03. 1990             | Wahlhilfe aus Ludwigshafen: Lautsprechereinsatz, Plakatklebeaktion, Infomaterial, Sonnenschirme<br>Abschlussveranstaltung im Rathaus organisiert von SPD, Grünen und Neuem Forum;<br>SPD-Sprecher: W. Schöll, R. Schlichting, Herr Koch  | 209, 210                     |
| 17.03.1990                    | Letzte Wahlkampfveranstaltung vor der Volkskammerwahl.<br>Die Wahlkämpfer bekommen die Kohlschen Versprechungen von den „Blühenden Ländern“ in 3 Jahren zu spüren, wenn sie für einen realistischen Blick auf die anzustrebenden Ziele einer Vereinigung werben. Noch immer ist die SPD hinsichtlich des Wahlausganges optimistisch, zumal Umfragen eine für die SPD positive Stimmung ausmachen. Allerdings wird die politische Unbedarftheit der noch Unentschlossenen unterschätzt. | 211, 212,<br>132 (?),<br>279 |
| 18.03.1990                    | Volkskammerwahl. Die gegen die SPD und für einen bedingungslosen Anschluss der DDR an die BRD gerichtete Stimmung der Bevölkerung hat einen sehr negativen Einfluss auf das Wahlergebnis der SPD. Die Aussicht auf die schnelle Westmark hat eine größere Anziehungskraft als die auf ein Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten in Selbstbestimmung und sozialer Sicherheit.<br>CDU 40,10 %<br>SPD 20,41 %<br>FDP 16,68 %<br>PDS 13,89 %<br>Neues Forum 2,60 %<br>Grüne 1,85 %. | 213, 214                     |
| 19.03.1990                    | Wirtschaftstisch<br>Waggonbau bietet Umschulungen an<br>Grundmittelbewertung   |                              |
| ab März 1990                  | Beginn des Kommunalwahlkampfes, Bewerbung von Dr. Franz Siegfried für das Amt eines Beigeordneten und Bürgermeisteramt.<br>Verfassen eines umfangreichen Kommunalwahlprogramms durch Arbeitsgruppen. Als Vorbild für ein solches Kommunalwahlprogramm dient unter anderem das ausführliche Programm der SPD von Nürtingen. In Rudolphstein (Datum nicht mehr ermittelbar) findet eine Konsultation zum Kommunalwahlprogramm mit der SPD Ludwigshafen statt.                            | 215 bis<br>225, 232          |
| 26.03.1990                    | Erstmalige Veröffentlichung eines Stasi-Verdachts gegen Ibrahim Böhme u. Lothar de Maiziere  | 226                          |
| 28.03. , 07.04 und 08.04.1990 | Dr. Siegfried führt die schon lange durch ihn und mehrere Mitglieder der SPD vorbereiteten kommunalpolitischen Lehrgänge im Schenkenbusch in Törten durch.   |                              |
| 18.04.1990                    | 17:00 Uhr, Vollversammlung der SPD-Dessau im Kornhaus, Vorstellung der Kandidaten für Kommunalwahl   | 227                          |
| 19.04.1990                    | Sitzung des OV-Siedlung-Ziebigk. Der OV-Mitte schlägt Hans-Georg Otto als OB-Kandidaten vor.   | 228                          |
| 24.04.1990                    | Letztmalig tagt in Dessau der Runde Tisch; Stellenausschreibung der Dezernenten und des Oberstadtdirektors beschlossen.  | 229                          |
| 25.04.1990                    | Vertreter der neuen Parteien stellen sich in der Kaserne Alten der NVA vor.  | 230                          |
| 28.04.1990                    | Unterstützung im Wahlkampf durch „Pfälzer Tag“ im Kornhaus mit allen Kandidaten der SPD  | 231                          |
| Ende April 1990               | Zahlreiche Infostände werben für die SPD im Kommunalwahlkampf. Die Diskussionen mit den Bürgern zeigen, dass die kommunalen Anliegen der SPD bei der Wahlentscheidung eine untergeordnete Rolle spielen werden. Einerseits wird der SPD große Zustimmung signalisiert, andererseits auch extreme, hasserfüllte Abneigung, indem SPD-Mitglieder entsprechend der von der CDU entfachten Kampagne als Rote So-   | 233 bis 238                  |



|                |   |                    |
|----------------|---|--------------------|
|                | <p>cken, Kommunistenschweine, und Volksverräter beschimpft und sachliche Diskussionen abgelehnt werden. In vorher nicht geahnter Weise werden trotz 40-jähriger sozialistischer Erziehung nationalistische und neofaschistische Tendenzen deutlich.</p> <p>In dieser Zeit suchen sich die ehemaligen Parteibonzen mit Erfolg neue Betätigungsfelder in den alten Bundesländern. Dort werden sie durchaus auch als Macher und Erfolgsmenschen gesehen.</p>   | 239                |
| 01.05.1990     | <p>Maifeier des FDGB / DGB mit allen Parteien auf dem August-Bebel-Platz</p> <p>Dr. Siegfried bewirbt sich für die künftige Stadt als Oberstadtdirektor. Die Kommunalverfassung steht jedoch noch nicht fest, womit auch das betreffende Amt in Frage steht.</p>  |                    |
| 03.05.1990     | <p>SPD-Wahlveranstaltung in der Gärungschemie mit Hans-Georg Otto und Dr. Ludwig. Thema: Für eine menschliche Stadt.</p> <p>Dr. Ludwig und Dr. Bardens (Ludwigshafen) übergeben Fahrzeuge für die neu aufzubauenen kommunalen Dienste in Dessau.</p>  | 240                |
| 06.05.1990     | <p>Erste Kommunalwahl nach der Wende in Dessau.</p> <p>Ergebnis:</p> <p>CDU 30 %</p> <p>SPD 20,4 % (entspricht 15 Sitzen von 70)</p> <p>FDP 20,6 %</p> <p>PDS 10,9 %</p> <p>Neues Forum 4,4 %</p> <p>Grüne 4 %</p> <p>Dr. Neubert von der FDP wird von der „bunten Koalition“, bestehend aus FDP, SPD, Grünen und NF, zum OB-Kandidaten bestimmt.</p> <p>Bereits erhebliche Wahlverdrossenheit spürbar.</p> <p>Für die SPD zogen in das Kommunalparlament ein: Horst Bahn, Jörg Blümel, Dr. Frank Hinkeldein - ersetzt durch Thomas Unger, Helga Krause, Heinke Link, Thomas Lüddemann, Angela Müller, Hans-Georg Otto, Eberhard Schröter, Heinz Schütz, Michael Striebing, Roger Voigtländer – ersetzt durch Karin Jenkel, Joachim Volger, Dr. Wolfgang Paul - ersetzt durch Renate Grünthal (ersetzt ab Ende 1990 durch Christian Sachse), Klaus-Dieter Welter.</p> | 241                |
| 11.05.1990     | <p>Erstes Koalitionsgespräch mit Tennert (FDP), Kuras (FDP), Krieger und Hoyer (CDU), Otto, Blümel und Volger (SPD), später erweitert durch Storz, Op de Hipt und Fackiner (NF), Dr. Neubert, Dr. Föhringen und Melchior (FDP) sowie Dr. Prescher (CDU), Bende, Lesing, Novack, Günter, Schmidt, Gaida (NF)</p> <p>Es ist eine große Koalition, bestehend aus CDU, SPD, FDP und NF vorgesehen. Die SPD hat mit ihrem umfangreichen und konkreten Wahlprogramm einen starken Einfluss auf die Formulierungen im Kommunalpolitischen Programm.</p>  | 242, 243, 244, 245 |
| 17.05.1990     | <p>Der SPD-Ortsverband Mitte setzt sich für Gründung der AWO in Dessau ein. Die SPD Dessau übernimmt diese Zielstellung.</p>  | 245                |
| 18.05.1990     | <p>Unterzeichnung des Staatsvertrags zur Wirtschafts- und Währungsunion.</p>  |                    |
| Mitte Mai 1990 | <p>Kreisoberpfarrer Radeloff zieht sich aus der Politik zurück, da sich die Parteien formiert haben und die Zeit der Runden Tische praktisch beendet ist.</p>   | 246                |
| Mai 1990       | <p>Die neu bestimmte SPD-Stadtratsfraktion richtet in den SPD-Büroräumen in der Bitterfelder Straße 32 ein Fraktionsbüro ein, in welchem Annette Reinhardt die Arbeit als Geschäftsführerin auch für Aufgaben der Fraktion übernimmt.</p>   |                    |
| 21.05.1990     | <p>Absprachen in der Koalitionsrunde zur künftigen Verwaltungsstruktur. Die Struktur mit einem Oberstadtdirektor an der Spitze der Verwaltung wird verworfen, da hierfür keine rechtliche Basis mehr besteht.</p>   |                    |
| 24.05.1990     | <p>Dr. Wasner, welcher sich zwischenzeitlich ebenfalls für die SPD für das Amt des Oberstadtdirektors bewarb, zieht aus persönlichen Gründen seine Bewerbung zurück.</p>  |                    |
| 25.05.1990     | <p>Die Koalitionsrunde einigt sich auf die Wahl von Herrn Dr. Neubert (FDP) für das Amt des Oberbürgermeisters. Ferner werden als Beigeordnete die Herren Dr. Siegfried und Dr. Hinkeldein (SPD), Dedek (CDU), Dr. Maywald (?) und Jendryschik (parteilos) und als Stadtratsvorsteher die Herren van der Heydt (parteilos) und Dr. König (CDU) als Kandidaten der Koalition bestätigt.</p>  | 247, 248           |
| 29.05.1990     | <p>Dr. Siegfried ändert seine Bewerbung in eine für das Bürgermeisteramt.</p>   |                    |

|                    |   |                               |
|--------------------|---|-------------------------------|
| 07.06.1990         | Rüdiger Fikentscher spricht im Kornhaus über seine Arbeit in der Volkskammer.<br>Die SPD-Abgeordneten stellen im Stadtrat den Antrag auf Stasi-Überprüfung der Mandatsträger.   | 249                           |
| 09.06.1990         | Sonderparteitag der SPD der DDR in Halle wegen des Rücktritts von Ibrahim Böhme (IM-Vergangenheit) und Neuwahl eines Vorsitzenden. Gewählt wird Wolfgang Thierse. Beginn des Vereinigungsprozesses der SPD der DDR und der BRD.   |                               |
| 09.06.1990         | Stadtverordnetenversammlung. Wahl des Oberbürgermeisters und der Dezenten:<br>OB – Dr. Neubert, FDP<br>Bürgermeister und stellv. OB, Soziales und Gesundheit - Hans Dedek, CDU<br>Stadtverordnetenvorsitzender – Dr. König, CDU<br>Stellv. d. Stadtratsvorsitzenden – Von der Heydt, NF, D. Buhle, BFD<br>Recht – Dr. Siegfried, SPD (auch Bürgermeister)<br>Wirtschaft – Dr. Hinkeldein, SPD<br>Bauen Dirk Hoth, parteilos, nicht gewählt nur amtierend; ca. ab Sept. 1990 Dr. Siegfried Haag, SPD<br>Bildung, Tourismus, Kultur – Jendryschik, parteilos<br>Finanzen – Maiwald, parteilos, nicht gewählt, nur amtierend; später Dr. Kranen  | 250                           |
| Juni 1990          | Beginn der Vorbereitung der Landtagswahl. Erneute Diskussion über die Aufnahme ehemaliger SED-Mitglieder mit Bestätigung der bisherigen Verfahrensweise.  | 249                           |
| 01.07.1990         | Wirtschafts- und Währungsunion. Einführung der DM in der DDR.   |                               |
| 13.07.1990         | SPD-Vollversammlung im Kornhaus: Bestimmung der Kandidaten für den Landtag und der Delegierten für die Parteitage. Als Kandidaten für den Landtag wurden Dr. Wolfram Schöll, Lothar Biener, Dietrich Gürtler, Renate Grünthal und Helmhart Schremmer gewählt. Für den Landesvorstand wurden Dr. Wolfram Schöll und für den Parteirat Joachim Volger vorgeschlagen. H.-G. Otto sollte weiterhin im Bundesparteirat tätig sein. Diese Tätigkeit übte er bis zu seiner Wahl als Oberbürgermeister in der 2. Legislaturperiode aus.<br>Die Mitglieder im OV-Mitte bemängeln die Öffentlichkeitsarbeit der SPD in der Stadt Dessau und stellen fest, dass die politischen Positionen der SPD den Bürgern nicht ausreichend vermittelt werden. Anders beurteilt das z. B. Bernd Helbig. | 251, 252, 253, 254<br><br>255 |
| 14.7. – 15.7.1990  | Programmforum für die Ausarbeitung des SPD-Landeswahlprogramms in Halle   |                               |
| Aug. 1990          | Die SPD verlässt die Regierungskoalition und spaltet sich in Pragmatiker und jene, welche die Interessen der Wähler missachtet fühlen. Es kommt zu Austritten aus der Partei.   | 256                           |
| 25.08.1990         | Landesparteitag der SPD in Quedlinburg<br>Wahl von Dr. Schöll zum Stellvertreter des Parteivorsitzenden.<br>Dr. Höppner wird zum Kandidaten für den Ministerpräsidenten nominiert.  |                               |
| Sept. 1990         | Jörg Blümel tritt wegen anhaltender Kritik an seiner Amtsführung als Geschäftsführer des SPD-Ortsverbandes Dessau zurück. Zwischenzeitlich erledigt Annette Reinhardt die anfallenden Aufgaben.<br>Jörg Blümel bleibt vorerst Stadtrat und findet eine Anstellung als Geschäftsführer bei der Immobiliengesellschaft Infracaplan.   |                               |
| 27.07.1990         | Die Volkskammer erlässt das Gesetz zur Bildung der Länder.  | 257                           |
| 13.09.1990         | Unterzeichnung eines Zusammenarbeits- und Nichtangriffsvertrages zwischen UdSSR und BRD, gemäß dem auch die sowjetischen Besatzungstruppen abgezogen werden.  |                               |
| 13.09.1990         | Der Ortsverband Mitte organisiert am 25. November 1990 eine Vorstellung der Landtags-Kandidaten für die SPD Dessau Dr. Wolfram Schöll und Lothar Biener.  | 258                           |
| 26. bis 28.09.1990 | Vereinigungsparteitag der beiden sozialdemokratischen Parteien in Berlin. Zuerst tagen die beiden SPD einzeln, um jeweils den Vereinigungsbeschluss herbeizuführen, dann gemeinsam.   | 259, 260, 261                 |
| 28.09.1990         | Wahlkampfveranstaltung mit Willy Brandt und Reinhard Höppner, direkt vom Vereinigungsparteitag nach Dessau kamen. Willy Brandt bekennt sich vehement zur Einheit Deutschlands in einem geeinten Europa.   | 262 bis 266                   |



|            |   |                         |
|------------|---|-------------------------|
| 03.10.1990 | <b>Vereinigung der beiden deutschen Staaten durch den Anschluss der DDR nach Artikel 23 des Grundgesetzes.</b> Die von der SPD bevorzugte Lösung eines Zusammenschlusses nach Artikel 164 unter einem neuen Grundgesetz ist damit nicht mehr möglich.<br>Schon vorher war aber der Weg einer Vereinigung ohne „Abfederung“ durch den von der SPD vorgeschlagenen Weg über eine Konföderation vorbestimmt. Das Ergebnis und dessen Ursachen können kaum besser dargestellt werden als dies der Beitrag von Dr. Klaus Schulze verdeutlicht. | 267                     |
| 08.10.1990 | Aus den eingegangenen Bewerbungen für die vakante Stelle wird Thomas Walther zum Geschäftsführer des SPD Kreisverbandes Dessau bestimmt. Er nimmt seine Arbeit als Geschäftsführer am 01.11.1990 (angestellt beim SPD Landesverband) auf.   |                         |
| 14.10.1990 | Landtagswahl und Einführung der 5 neuen Bundesländer.<br>Lothar Biener kam über die Landesliste in den Landtag.<br>Die konstituierende Sitzung des Landtags findet am 28. Oktober in Dessau statt, da noch keine Einigung über den Sitz des Landtags bestand.   | 268 bis 274<br>275, 276 |
| 20.10.1990 | Landesdelegiertenkonferenz in Halberstadt zur Nominierung der Kandidaten für den Bundestag. Für den Wahlkreis Dessau-Bitterfeld wird Dr. Bruno Klatt nominiert.   | 277                     |
| 02.12.1990 | Erste Bundestagswahl nach der Vereinigung.  |                         |

<sup>1)</sup> In Verbindung mit der Entwicklungsgeschichte der SPD in Dessau stehende äußere Ereignisse, Beobachtungen und Randnotizen werden durch **blaue Schriftfarbe** gekennzeichnet.